Stand: 20.04.2024 14:06:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14256

"Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Landesmittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 65 TG 81 - 90)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/14256 vom 24.10.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14994 des HA vom 27.11.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15244 vom 12.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 03 B)

**Bayerischer Landtag**
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14256**
24.10.2012

# Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld, Annette Karl, Christa Naaß, Bernhard Roos, Reinhold Strobl, Christa Steiger, Angelika Weikert SPD**

**Haushaltsplan 2013/2014;**
**hier: Landesmittel für die Städtebauförderung**
**Neubewilligungen**
**(Kap. 03 65 TG 81 - 90)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rahmen für neue Bewilligungen in der TG 81 – 90 (Landesmittel für die Städtebauförderung – Neubewilligungen) wird für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wie folgt angehoben:

- Die VE im Tit. 883 81 (Anteil am Bund/Länder-Programm Teil „Sanierung und Entwicklung“) werden pro Haushaltsjahr jeweils von 2.732,0 Tsd. Euro um 808,8 Tsd. Euro auf 3.540,8 Tsd. Euro erhöht.
- Die VE im Tit. 883 82 (Bayerisches Städtebauförderungsprogramm) werden pro Haushaltsjahr jeweils von 38.000,0 Tsd. Euro um 11.248,0 Tsd. Euro auf 49.248,0 Tsd. Euro erhöht.
- Die VE im Tit. 888 83 (Anteil am Bund/Länder-Programm Teil „Soziale Stadt“) werden pro Haushaltsjahr jeweils von 5.581,0 Tsd. Euro um 1.953,4 Tsd. Euro auf 7.534,4 Tsd. Euro erhöht.
- Die VE im Tit. 883 86 (Anteil am Bund/Länderprogramm Teil „Kleinere Städte und Gemeinden”) werden pro Haushaltsjahr jeweils von 5.752,0 Tsd. Euro um 460,2 Tsd. Euro auf 6.212,2 Tsd. Euro erhöht.
- Die VE im Tit. 883 87 (Anteil am Bund/Länder-Programm Teil „Stadtumbau West“) werden pro Haushaltsjahr jeweils von 11.888,0 Tsd. Euro um 3.518,9 Tsd. Euro auf 15.406,9 Tsd. Euro erhöht.
- Die VE im Tit. 883 88 (Anteil am EU-Programm zur Förderung für eine nachhaltige Stadtentwicklung) werden im Haushaltsjahr 2013 von 2.981,0 Tsd. Euro um 882,4 Tsd. Euro auf 3.863,4 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2014 von 3.200,0 Tsd. Euro um 947,2 Tsd. Euro auf 4.147,2 Tsd. Euro erhöht.

Damit erhöht sich der Bewilligungsrahmen bei der Städtebauförderung für das Haushaltsjahr 2013 um 18.871,7 Tsd. Euro für das Haushaltsjahr 2014 um 18.936,5 Tsd. Euro.

**Begründung:**

Die Programme der Städtebauförderung werden durch Bund und Freistaat auch in den kommenden Jahren weiter gekürzt.

Die bayerischen Städte und Gemeinden, in denen ein anhaltend hoher städtebaulicher Erneuerungs- und Investitionsbedarf mit einem Schwerpunkt von Maßnahmen in ländlichen Regionen besteht, sind davon außerordentlich hart getroffen. Für diese Regionen Bayerns, die zu 81 Prozent aus dem bayerischen Städtebauförderungsprogramm bedient werden, ist das landeseigene Programm ein unverzichtbares Instrument zur Entwicklung und strukturellen Stärkung vor allem der kleineren Kommunen. Diese müssen sich verstärkt den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Abwanderung stellen und sind somit auf die Organisation einer nachhaltigen Entwicklung ihrer Orte angewiesen. Sie haben deshalb auch vermehrt Anträge zur Aufnahme in dieses Programm gestellt. Neben den Dorferneuerungsprogrammen, die unter langen Abwicklungszeiten leiden, ist das bayerische Städtebauförderungsprogramm in ausreichender finanzieller Ausstattung das einzige Programm, das gezielt dringende Projekte und Investitionen in den ländlichen Regionen unterstützen kann. Die zu geringen Mittel führen dazu, dass nicht alle Kommunen adäquat mit Fördergeldern bedient werden können. Dies ist u.E. umso ärgerlicher, als auch nach Meinung des Staatsministeriums des Innern 1 Euro Fördermittel bis zu 8 Euro private Investitionsmittel nach sich zieht, was jetzt nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und der konjunkturellen Erholung ein wichtiges Instrument zur Stärkung der heimischen Wirtschaft wäre.

Statt der massiven Kürzungen des Bundes und der Staatsregierung bei der Städtebauförderung müssen wieder mehr Mittel beim landeseigenen Städtebauförderungsprogramm bereitgestellt werden. Daher wird der Bewilligungsrahmen zum einen den Preissteigerungen im Bausektor, die etwa acht Prozent ausmachen, angepasst und zum anderen zusätzlich jeweils um 20 Prozent erhöht, um eine angemessene Förderung aller Kommunen zu gewährleisten. Die Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden angesichts der von der Staatsregierung geplanten Halbierung des Bewilligungsrahmens zusätzlich zur Preissteigerungsanpassung um 25 Prozent erhöht.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

**Bayerischer Landtag**
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14994**
27.11.2012

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2013/2014;**
**Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern**
**- Staatsbauverwaltung –**

Berichterstatter: **Josef Miller**
Mitberichterstatter: **Markus Reichhart**

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 64 (Wohnraumförderung)
Tit. 863 69 (Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung nach dem Landesrecht zur Wohnraumförderung aus Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen des Freistaates Bayern nach dem Gesetz über die Verwendung von Rückflüssen)
wird der Ansatz der Verpflichtungsermächtigungen in 2013 und 2014

| | |
|---|---|
| von | 120.000.000,-- € |
| um | 5.000.000,-- € |
| auf | 125.000.000,-- € |

erhöht.

Von der Verpflichtungsermächtigung 2013 werden fällig frühestens in den Jahren

| | |
|---|---|
| 2014: | 50.000.000,-- € |
| 2015: | 50.000.000,-- € |
| 2016: | 25.000,.000-- € |

Von der Verpflichtungsermächtigung 2014 werden fällig frühestens in den Jahren

| | |
|---|---|
| 2015: | 50.000.000,-- € |
| 2016: | 50.000.000,-- € |
| 2017: | 25.000,.000-- € |

2. Bei Kap. 03 65 (Städtebauförderung)
Tit. 883 82 (Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayer. Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen) wird der Ansatz der Verpflichtungsermächtigungen in 2013 und 2014

| | |
|---|---|
| von | 38.000.000,-- € |
| um | 10.000.000,-- € |
| auf | 48.000.000,-- € |

erhöht.

Von der Verpflichtungsermächtigung 2013 werden fällig frühestens in den Jahren

| | |
|---|---|
| 2014: | 9.600.000,-- € |
| 2015: | 12.000.000,-- € |
| 2016: | 12.000.000,-- € |
| 2017: | 7.200.000,-- € |
| 2018: | 7.200.000,-- € |

Von den Verpflichtungsermächtigungen 2014 werden fällig frühestens in den Jahren

| | |
|---|---|
| 2015: | 9.600.000,-- € |
| 2016: | 12.000.000,-- € |
| 2017: | 12.000.000,-- € |
| 2018: | 7.200.000,-- € |
| 2019: | 7.200.000,-- €. |

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 63, 03 75 und 03 80 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge e r l e d i g t:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU,
Thomas Hacker, Karsten Klein,
Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung - Erhöhung des Bewilligungsrahmens
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 16/14459

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bayer. Städtebauförderungsprogramm Erhöhung des Bewilligungsrahmens
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/14460

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 16/14237

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 16/14254

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 TG 75 - 76)
Drs. 16/14358

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wohnraumförderung (Rahmen für neue Bewilligungen)
(Kap. 03 64 Tit. 863 69, 863 66)
Drs. 16/14255

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Schaffung von Studentenwohnheimen
(Kap. 03 64 Tit. 894 78)
Drs. 16/14238

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aufstockung des Programms "Soziale Stadt"
(Kap. 03 65 Tit. 883 63)
Drs. 16/14359

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/14239

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Landesmittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 65 TG 81 - 90)
Drs. 16/14256

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung des Personalsolls
(Kap. 03 80 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 16/14360

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/14361

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatsstraßenbau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 16/14240

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mehr Mittel für den Bau von Radwegen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06)
Drs. 16/14362

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen - Planung und Bauleitung für Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 16/14257

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 16/14363

**II. Bericht:**

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 B in seiner 188. Sitzung am 08. November 2012 und 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Georg Winter**
Vorsitzender

**Anlage**

Freistaat Bayern

# Nachschubliste

# Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 03 B

Staatsministerium des Innern
- Staatsbauverwaltung -

**03 63 Allgemeine Bewilligungen**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Einnahmen** | | | | | | |
| | **Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen** | | | | | | |
| 231 01-2 233 | Erstattung des Bundesanteils am Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz<br>*Vermerk unverändert.* | A<br>B | 68.000,0<br>-2.000,0 | 66.000,0 | A<br>B | 66.500,0<br>-2.000,0 | 64.500,0 |
| | **Gesamteinnahmen** | A<br>B | 74.101,0<br>-2.000,0 | 72.101,0 | A<br>B | 66.510,0<br>-2.000,0 | 64.510,0 |
| | **Ausgaben** | | | | | | |
| | **Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen** | | | | | | |
| 681 01-7 233 | Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz -Mietzuschuss-<br>*Vermerk unverändert.* | A<br>B | 136.000,0<br>-4.000,0 | 132.000,0 | A<br>B | 133.000,0<br>-4.000,0 | 129.000,0 |
| | **Gesamtausgaben** | A<br>B | 165.462,0<br>-4.000,0 | 161.462,0 | A<br>B | 155.283,0<br>-4.000,0 | 151.283,0 |

**03 63**
**Allgemeine Bewilligungen**

**Erläuterungen**

**Zu 03 63/231 01**
Weniger 2.000,0 Tsd. € infolge der voraussichtlichen Einnahmen.

**Zu 03 63/681 01**
Weniger 4.000,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

**03 63 Allgemeine Bewilligungen**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Abschluss** | | | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | A | 10,0 | 10,0 | A | 10,0 | 10,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A | 68.000,0 | 66.000,0 | A | 66.500,0 | 64.500,0 |
| | | B | -2.000,0 | | B | -2.000,0 | |
| | Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen | A | 6.091,0 | 6.091,0 | A | 0,0 | - |
| | | B | - | | B | - | |
| | **Gesamteinnahmen** | A | 74.101,0 | 72.101,0 | A | 66.510,0 | 64.510,0 |
| | | B | -2.000,0 | | B | -2.000,0 | |
| | Personalausgaben | A | 183,0 | 183,0 | A | 124,0 | 124,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A | 575,0 | 575,0 | A | 567,0 | 567,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen | A | 137.597,0 | 133.597,0 | A | 134.592,0 | 130.592,0 |
| | | B | -4.000,0 | | B | -4.000,0 | |
| | Baumaßnahmen | A | 20.000,0 | 20.000,0 | A | 20.000,0 | 20.000,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Investitionsförderungsmaßnahmen | A | 7.107,0 | 7.107,0 | A | 0,0 | - |
| | | B | - | | B | - | |
| | **Gesamtausgaben** | A | 165.462,0 | 161.462,0 | A | 155.283,0 | 151.283,0 |
| | | B | -4.000,0 | | B | -4.000,0 | |
| | **Zuschuss** | A | 91.361,0 | 89.361,0 | A | 88.773,0 | 86.773,0 |
| | **Überschuss** | B | 2.000,0 | | B | 2.000,0 | |

**03 75 Autobahndirektionen und Landesbaudirektion**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Ausgaben** | | | | | | |
| | **Sächliche Verwaltungsausgaben** | | | | | | |
| 518 01-0 711 | Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.650*<br>*Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 1.650,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren*<br>*2014 bis 2018 jährlich Tsd. € 330,0* | A<br>B | 335,0 | 335,0 | A<br>B | 335,0 | 335,0 |
| | **Gesamtausgaben** | A<br>B | 107.937,9<br>- | 107.937,9 | A<br>B | 110.167,6<br>- | 110.167,6 |
| | **Abschluss** | | | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | A<br>B | 85,0<br>- | 85,0 | A<br>B | 85,0<br>- | 85,0 |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A<br>B | 1.500,0<br>- | 1.500,0 | A<br>B | 1.800,0<br>- | 1.800,0 |
| | Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen | A<br>B | 12.500,0<br>- | 12.500,0 | A<br>B | 12.500,0<br>- | 12.500,0 |
| | **Gesamteinnahmen** | A<br>B | 14.085,0<br>- | 14.085,0 | A<br>B | 14.385,0<br>- | 14.385,0 |
| | Personalausgaben | A<br>B | 68.880,9<br>- | 68.880,9 | A<br>B | 70.263,6<br>- | 70.263,6 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A<br>B | 7.374,0<br>- | 7.374,0 | A<br>B | 7.874,0<br>- | 7.874,0 |
| | Baumaßnahmen | A<br>B | 31.295,0<br>- | 31.295,0 | A<br>B | 31.642,0<br>- | 31.642,0 |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A<br>B | 388,0<br>- | 388,0 | A<br>B | 388,0<br>- | 388,0 |
| | **Gesamtausgaben** | A<br>B | 107.937,9<br>- | 107.937,9 | A<br>B | 110.167,6<br>- | 110.167,6 |
| | **Zuschuss** | A | 93.852,9 | 93.852,9 | A | 95.782,6 | 95.782,6 |

**03 75**
**Autobahndirektionen und Landesbaudirektion**

**Erläuterungen**

**Zu 03 75/518 01**
Der Mietvertrag für die Unterbringung der Dienststelle München der Autobahndirektion Südbayern in Maisach läuft Ende 2013 aus. Bei dieser Gelegenheit soll die Dienststelle München für ihre Aufgaben in einer örtlich günstiger gelegenen Anmietung untergebracht werden. Die Verpflichtungsermächtigung von 1,65 Mio. € dient der Erstbegründung des neuen Mietverhältnisses in 2013. Die voraussichtliche Laufzeit des Mietvertrages beträgt zunächst fünf Jahre (2014 bis 2018).

**03 80 Staatliche Bauämter**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Einnahmen** | | | | | | |
| | **Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.** | | | | | | |
| 124 01-6 012 | Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung | A<br>B | 875,0<br>+42,0 | 917,0 | A<br>B | 875,0<br>+42,0 | 917,0 |
| | **Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen** | | | | | | |
| 231 01-6 016 | Erstattung der Verwaltungsausgaben sowie der Kosten für Prozessvertretung und Rechtsstreitführung durch den Bund | A<br>B | 108.000,0<br>-46.000,0 | 62.000,0 | A<br>B | 108.000,0<br>-46.000,0 | 62.000,0 |
| 231 03-4 016 | Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Gaststreitkräfte<br>*Vgl. Vermerk zu 799 80.* | A<br>B | - - - | - - - | A<br>B | - - - | - - - |
| 231 06-1 016 | Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundes im Rahmen von Hochbaumaßnahmen außerhalb der Kostenerstattungsvereinbarung<br>*Vgl. Vermerk zu 798 80.* | A<br>B | - - - | - - - | A<br>B | - - - | - - - |
| 231 11-4 016 | Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundes für die Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute im Rahmen von Hochbaumaßnahmen<br>*Vgl. Vermerk zu 799 80.* | A<br>B | <br>+46.000,0 | 46.000,0 | A<br>B | <br>+46.000,0 | 46.000,0 |
| | **Gesamteinnahmen** | A<br>B | 147.513,0<br>+42,0 | 147.555,0 | A<br>B | 146.713,0<br>+42,0 | 146.755,0 |
| | **Ausgaben** | | | | | | |
| | **Sächliche Verwaltungsausgaben** | | | | | | |
| 511 01-7 012 | Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände<br>*Zu 511 01 bis 546 49:*<br>*Die Titel können bis zu 2.000,0 Tsd. € verstärkt werden zu Lasten der TG 70-71, 798 80 und 799 80.* | A<br>B | 3.928,0 | 3.928,0 | A<br>B | 3.928,0 | 3.928,0 |
| 517 01-1 012 | Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume | A<br>B | 2.895,0<br>+42,0 | 2.937,0 | A<br>B | 2.895,0<br>+42,0 | 2.937,0 |
| 518 01-0 012 | Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 2.000*<br>*Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 2.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren*<br>*2014 bis 2018 jährlich Tsd. € 400,0* | A<br>B | 250,0 | 250,0 | A<br>B | 200,0 | 200,0 |
| 547 02-4 012 | Sonstige Sachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Hochbaumaßnahmen<br>*Einseitig deckungsfähig zu Lasten 799 80.* | A<br>B | 1.524,0 | 1.524,0 | A<br>B | 1.524,0 | 1.524,0 |

**03 80**
**Staatliche Bauämter**

**Erläuterungen**

**Zu 03 80/124 01**
Mehr 42,0 Tsd. € infolge von Erstattungen für Bewirtschaftungskosten und Gebühren die zusätzlich aufgrund Kleinstvermietungen (Vermietung von Räumen für Veranstaltungen usw.) an Externe anfallen. Vgl. Erläuterung zu Tit. 517 01.

**Zu 03 80/231 01**
Weniger 46.000,0 Tsd. € infolge Umschichtung nach Tit. 231 11 (vgl. Erläuterung zu TG 80).

Nach einem aufgrund des § 8 Abs. 7 FVG zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern abgeschlossenen Verwaltungsabkommen vom 15. August/ 28. September 2006 ist die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes der Bauverwaltung des Landes übertragen worden. Der Bund erstattet dem Land die durch die Wahrnehmung dieser Bauaufgaben entstehenden Kosten aufgrund einer besonderen Kostenerstattungsvereinbarung vom 26. April/ 15. Mai 2006. Die bis zum 31. Dezember 2007 befristete Geltungsdauer dieser Vereinbarung wurde mit den Zusatzvereinbarungen vom 21. Dezember 2009/ 14. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2011 und anschließend nochmals bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.
Für 2013 wird eine neue Kostenerstattungsvereinbarung abgeschlossen. In Abstimmung mit den Ländern stellt der Bund die Kostenerstattung auf Istkostenerstattung mit Kostenobergrenzen um.

Von den veranschlagten Einnahmen in Höhe von je 62.000,0 Tsd. € in 2013 und 2014 fließen 46.192,0 Tsd. € (2013) und 46.204,0 Tsd. € (2014) als allgemeine Deckungsmittel dem Staatshaushalt zu. Die Differenz in Höhe von 15.808,0 Tsd. € (2013) und 15.796,0 Tsd. € (2014) ist anteilig für Verwaltungsausgaben für Hochbaumaßnahmen des Bundes und Dritter (Tit. 428 80) sowie anteilig bei Tit. 511 01 und Tit. 547 02 veranschlagt.

**Zu 03 80/231 11**
Mehr 46.000,0 Tsd. € infolge Umschichtung von 231 01 (vgl. Erläuterung zu TG 80).

**Zu 03 80/517 01**
Mehr 42,0 Tsd. € infolge von Bewirtschaftungskosten und Gebühren die zusätzlich aufgrund Kleinstvermietungen (Vermietung von Räumen für Veranstaltungen usw.) an Externe anfallen. Den Mehrausgaben stehen korrespondierende Mehreinnahmen bei Tit. 124 01 gegenüber.

**Zu 03 80/518 01**
Der Bereich Straßenbau des Staatlichen Bauamts Nürnberg soll künftig in einer Anmietung untergebracht werden.
Die Verpflichtungsermächtigung von 2,0 Mio. € dient der Erstbegründung des Mietverhältnisses in 2013. Die voraussichtliche Laufzeit des Mietvertrages beträgt zunächst fünf Jahre (2014 bis 2018).

**03 80 Staatliche Bauämter**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Titelgruppen** | | | | | | |
| | **80 Verwaltungsausgaben für Hochbaumaßnahmen**<br>*Gegenseitig deckungsfähig: 525 80 mit 799 80.*<br>*Einseitig deckungsfähig zugunsten 453 01.*<br>*Titel der TG übertragbar.* | | | | | | |
| 428 80-3 016 | Entgelte der Arbeitnehmer<br>*Einseitig deckungsfähig zu Lasten 798 80 und 799 80.*<br>*Zu Lasten dieses Titels dürfen zusätzlich bis zu fünf Angestellte mit zeitlich befristeten Verträgen beschäftigt werden.* | A<br>B | 25.319,0 | 25.319,0 | A<br>B | 24.507,0 | 24.507,0 |
| 798 80-5 016 | Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute bei Bauangelegenheiten des Bundes und Dritter im Ausland<br>*Einseitig deckungsfähig zugunsten 428 80 und 547 02.*<br>*Vgl. Vermerk zu 511 01.*<br>*Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 06.* | A<br>B | | - - - | A<br>B | | - - - |
| 799 80-4 016 | Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute bei Bauangelegenheiten des Bundes und Dritter im Inland<br>*Einseitig deckungsfähig zugunsten 428 80 und 547 02.*<br>*Vgl. Vermerk zu 511 01.*<br>*Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 03 und 231 11.* | A<br>B | 46.000,0 | 46.000,0 | A<br>B | 46.000,0 | 46.000,0 |
| | **Summe der Titelgruppe** | A<br>B | 71.319,0<br>- | 71.319,0 | A<br>B | 70.507,0<br>- | 70.507,0 |
| | **Gesamtausgaben** | A<br>B | 646.250,1<br>+42,0 | 646.292,1 | A<br>B | 648.692,4<br>+42,0 | 648.734,4 |

**03 80**
**Staatliche Bauämter**

**Erläuterungen**

**Zu 03 80/80**
Die Änderungen sind erforderlich aufgrund der voraussichtlichen Änderung der Verwaltungskostenerstattung ab 2013 (vgl. Erläuterung zu Tit. 231 01) und der zeitlich befristeten personellen Unterstützung des Bundes für die Betreuung von einzelnen Projekten in zivilen Auslandsbau.

**03 80 Staatliche Bauämter**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Abschluss** | | | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | A | 15.593,0 | 15.635,0 | A | 14.793,0 | 14.835,0 |
| | | B | +42,0 | | B | +42,0 | |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A | 115.420,0 | 115.420,0 | A | 115.420,0 | 115.420,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen | A | 16.500,0 | 16.500,0 | A | 16.500,0 | 16.500,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | **Gesamteinnahmen** | A | 147.513,0 | 147.555,0 | A | 146.713,0 | 146.755,0 |
| | | B | +42,0 | | B | +42,0 | |
| | Personalausgaben | A | 273.081,1 | 273.081,1 | A | 275.188,4 | 275.188,4 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben | A | 64.986,0 | 65.028,0 | A | 64.970,0 | 65.012,0 |
| | | B | +42,0 | | B | +42,0 | |
| | Baumaßnahmen | A | 294.170,0 | 294.170,0 | A | 294.420,0 | 294.420,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A | 14.013,0 | 14.013,0 | A | 14.114,0 | 14.114,0 |
| | | B | - | | B | - | |
| | **Gesamtausgaben** | A | 646.250,1 | 646.292,1 | A | 648.692,4 | 648.734,4 |
| | | B | +42,0 | | B | +42,0 | |
| | **Zuschuss** | A | 498.737,1 | 498.737,1 | A | 501.979,4 | 501.979,4 |

**Epl. 03B Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung -**

| Titel FKZ | | A B | Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2013 Tsd. € | A B | Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. € | Neuer Betrag 2014 Tsd. € |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | | 3 | 4 | | 5 | 6 |
| | **Abschluss Epl. 03B** | | | | | | |
| | Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl. | A<br>B | 17.193,0<br>+42,0 | 17.235,0 | A<br>B | 16.393,0<br>+42,0 | 16.435,0 |
| | Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen | A<br>B | 204.220,0<br>-2.000,0 | 202.220,0 | A<br>B | 203.020,0<br>-2.000,0 | 201.020,0 |
| | Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen | A<br>B | 158.694,0<br>- | 158.694,0 | A<br>B | 147.691,0<br>- | 147.691,0 |
| | **Gesamteinnahmen** | A<br>B | 380.107,0<br>-1.958,0 | 378.149,0 | A<br>B | 367.104,0<br>-1.958,0 | 365.146,0 |
| | Personalausgaben | A<br>B | 453.399,1<br>- | 453.399,1 | A<br>B | 459.886,8<br>- | 459.886,8 |
| | Sächliche Verwaltungsausgaben<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €* *4.650*<br>*Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €* *1.000* | A<br>B | 88.482,0<br>+42,0 | 88.524,0 | A<br>B | 89.841,0<br>+42,0 | 89.883,0 |
| | Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €* *1.800* | A<br>B | 159.797,0<br>-4.000,0 | 155.797,0 | A<br>B | 157.792,0<br>-4.000,0 | 153.792,0 |
| | Baumaßnahmen<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €* *105.625*<br>*Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €* *85.500* | A<br>B | 348.707,0<br>- | 348.707,0 | A<br>B | 348.704,0<br>- | 348.704,0 |
| | Sonstige Sachinvestitionen | A<br>B | 19.691,4<br>- | 19.691,4 | A<br>B | 18.746,8<br>- | 18.746,8 |
| | Investitionsförderungsmaßnahmen<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €* *331.140*<br>*Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €* *332.287* | A<br>B | 261.429,0<br>- | 261.429,0 | A<br>B | 253.752,0<br>- | 253.752,0 |
| | Besondere Finanzierungsausgaben | A<br>B | 1.927,4<br>- | 1.927,4 | A<br>B | 2.048,4<br>- | 2.048,4 |
| | **Gesamtausgaben**<br>*Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €* *443.215*<br>*Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €* *418.787* | A<br>B | 1.333.432,9<br>-3.958,0 | 1.329.474,9 | A<br>B | 1.330.771,0<br>-3.958,0 | 1.326.813,0 |
| | **Zuschuss** | A | 953.325,9 | 951.325,9 | A | 963.667,0 | 961.667,0 |
| | **Überschuss** | B | 2.000,0 | | B | 2.000,0 | |

**Bayerischer Landtag**
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15244**
12.12.2012

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 03 B werden abgelehnt:**
**Drs. 16/14994**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
   (Kap. 03 63 Tit. 701 48)
   Drs. 16/14237

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Förderung der Schaffung von Studentenwohnheimen
   (Kap. 03 64 Tit. 894 78)
   Drs. 16/14238

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau
   (Kap. 03 65 Tit. 883 82)
   Drs. 16/14239

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Staatsstraßenbau
   (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
   Drs. 16/14240

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
   (Kap. 03 63 Tit. 701 48)
   Drs. 16/14254

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Wohnraumförderung
   (Rahmen für neue Bewilligungen)
   (Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 66)
   Drs. 16/14255

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Landesmittel für die Städtebauförderung Neubewilligungen
   (Kap. 03 65 TG 81 – 90)
   Drs. 16/14256

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen – Planung und Bauleitung für Staatsstraßen
   (Kap. 03 80 Tit. 773 71)
   Drs. 16/14257

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
   (Kap. 03 63 TG 75 – 76)
   Drs. 16/14358

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
    (Kap. 03 65 Tit. 883 63)
    Drs. 16/14359

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Staatliche Bauämter: Kürzung des Personalsolls (Kap. 03 80 Tit. 422 01 und 428 01)
    Drs. 16/14360

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
    Drs. 16/14361

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Mehr Mittel für den Bau von Radwegen (Kap. 03 80 Tit. 770 06)
    Drs. 16/14362

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 773 71)
    Drs. 16/14363

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Peter Winter
Abg. Susann Biedefeld
Abg. Joachim Hanisch
Abg. Susanna Tausendfreund
Abg. Dr. Andreas Fischer
Abg. Josef Miller
Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl
Abg. Harald Schneider
Abg. Thorsten Glauber
Abg. Thomas Mütze
Abg. Dr. Paul Wengert
Staatsminister Joachim Herrmann

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

**Haushaltsplan 2013/2014;**
**Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14458 und 16/14809),
**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14222 mit 16/14236 und 16/14253),
**Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14215 mit 16/14221) sowie
**Änderungsanträge** der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14353 mit 16/14357)

und

**Haushaltsplan 2013/2014;**
**Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern - Staatsbauverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14459 und 16/14460),
**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14254 mit 16/14257),
**Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14237 mit 16/14240) sowie

**Änderungsanträge** der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14358 mit 16/14363)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und FDP jeweils 14 Minuten.Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Peter Winter. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Peter Winter** (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist durchaus möglich, dass es schon zwölf Tage vor Weihnachten gute Botschaften gibt. Ich nenne zum Beispiel den Einzelplan 03 A. Bayern ist Marktführer bei der inneren Sicherheit mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. Mit dem Einzelplan 03 A, dem Haushalt für den Geschäftsbereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung des Staatsministeriums des Innern, sorgen wir dafür, dass dieser Sicherheitsstandard weiterhin so hoch bleibt. Dieser Haushalt schafft die Grundlage dafür, dass sich über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei und mehr als 450.000 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bei der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz für Schutz und Sicherheit bei Gefahren und Katastrophen einsetzen können.

In den Ämtern der Inneren Verwaltung kümmern sich mehr als 11.000 Beschäftigte um die Anliegen der Bürger in allen Lebenslagen. Dafür unseren herzlichen Dank, unseren Respekt und unsere große Anerkennung.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Kostenlos ist diese immense Leistung allerdings nicht zu haben. Im Einzelplan 03 A stellen wir dafür rund 3,9 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2012 steigt der Einzelplan 03 A um 256,7 Millionen Euro im Jahr 2013 und um weitere 65,4 Millionen Euro im Jahr 2014.

Dominiert wird der Einzelplan 03 A von den Ausgaben für die Polizei, die einen Anteil von rund 77 % an den Gesamtausgaben ausmachen. Daneben stehen die Ausgaben für den Brand- und Katastrophenschutz, für unsere Feuerwehrschulen, für den Rettungsdienst sowie für die Verwaltungsgerichte und für die Verwaltung bei den Regierungen und Landratsämtern und für die amtliche Statistik.

Der Einzelplan 03 A ist bekanntermaßen ein Personalhaushalt. Die Personalausgabenquote beläuft sich auf rund 82,5 %. Rund 3,2 Milliarden Euro pro Jahr sind für Personalausgaben aufzuwenden. Das sind 113 Millionen Euro mehr als im Jahr 2013. Hinzu kommen noch einmal 75,5 Millionen Euro im Jahr 2014, die für neue Stellen und Stellenanhebungen verwendet werden. Sie dienen auch der Finanzierung der Tarif- und Besoldungserhöhungen und der weiter anwachsenden Beihilfe- und Versorgungsausgaben.

100 neue Stellen sind veranschlagt, davon 96 im Stellenplan der Polizei und 4 für die Feuerwehrschulen, wo wir schon in den letzten Jahren kräftig aufgestockt haben. Damit kann die Sicherheit im Lande weiter gestärkt werden. Außerdem wird mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorausschauende und kluge Personalpolitik betrieben. Um die in den Jahren 2017 und 2018 voraussichtlich in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten nahtlos nachersetzen zu können, werden außerdem 840 neue Polizeiausbildungsstellen ausgebracht. Daneben sind weitere 39 Stellen als Ersatz für die Arbeitszeitverkürzung der Beamten enthalten. 28 Stellen sind für den Vollzug der Trinkwasserversorgung bei den Landratsämtern und für die Etatisierung der im Nachtragshaushaltsgesetz 2012 ausgebrachten neuen Stellen vorgesehen.

Der Stellenplan enthält außerdem 3.307 Stellenanhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten. Davon sind allein 2.616 Stellenanhebungen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Polizistinnen und Polizisten vorgesehen. Aber auch in der Allgemeinen Inneren Verwaltung, also vor allem bei den Landratsämtern und Regierungen, wird die Beförderungssituation mit mehr als 640 Hebungen erneut verbessert. Im Sachhaushalt können wir deutliche Verbesserungen und wichtige Schwerpunktsetzungen vornehmen. Gegenüber dem Jahr 2012 wird das Polizeibudget im Jahr 2013 um 18 Millionen Euro und im Jahr 2014 um 16 Millionen Euro angehoben. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wird die Kostensteigerung bei den Betriebs- und Einzelausgaben abgedeckt. Darüber hinaus ist es möglich, in die Erneuerung der Fahrzeugausstattung, die Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik und in neue Verkehrsüberwachungstechnik zu investieren. Speziell für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen werden 17,4 Millionen Euro sowie 13,9 Millionen Euro bereitgestellt. Damit setzen wir ebenfalls gute Akzente für die Modernisierung des polizeilichen Fuhrparks.

Der Netzaufbau des BOS-Digitalfunks geht gut voran mit der Folge, dass mehr Mittel für den Aufbau und für den Betrieb benötigt werden. Die Veranschlagungen hierfür steigen gegenüber den Ausgaben des Jahres 2012 von rund 63 Millionen Euro auf 104,8 Millionen Euro im Jahr 2013 und auf 103,6 Millionen Euro im Jahr 2014.

Den kommunalen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes wurde eine 80-prozentige Förderung der Erstausstattung mit Digitalendfunkgeräten zugesagt. Dafür stellen wir Ausgabemittel in Höhe von 23 Millionen Euro für das Jahr 2013 und 27 Millionen Euro für das Jahr 2014 zur Verfügung. Um den von den Kommunen und Verbänden vorgetragenen Verbesserungswünschen entgegenzukommen, wird der Verpflichtungsrahmen für das Mehrjahresförderprogramm auf 90 Millionen Euro angehoben.

Weiterhin ist eine Förderung der nutzerseitigen Kosten im Zusammenhang mit der Anbindung der integrierten Leitstellen an den Digitalfunk vorgesehen. Der Gesamtver-

pflichtungsrahmen für den Projektzeitraum bis zum Jahr 2021 beläuft sich auf 45 Millionen Euro. Für das Jahr 2013 sind Ausgaben von 0,8 Millionen Euro und für das Jahr 2014 weitere 2 Millionen Euro eingeplant.

Ein beachtenswerter Posten sind auch die Kosten für die anstehenden Wahlen im Jahr 2013 und für die vorgeschriebene Durchführung des Zensus 2011 im Jahre 2013.

Der Zustrom von Asylbewerbern ist, wie bekannt, in den letzten Monaten stark angestiegen. Für zusätzliches Personal der Unterbringungsverwaltung werden die Ausgaben für das Jahr 2013 um 2,3 Millionen Euro aufgestockt. Mit diesen Mitteln kann auch die Personalausstattung in den beiden zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen verbessert werden.

Nach der Steuerschätzung wird beim Feuerschutzaufkommen mit einer Verbesserung von 61 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro gerechnet. Diese Mittel stellen wir weiterhin voll für den Brandschutz und die Feuerwehrschulen zur Verfügung. Der überwiegende Teil des Feuerschutzaufkommens wird zur Förderung der Fahrzeug- und Gerätebeschaffung sowie für die Gerätehausförderung verwendet. Hierfür stellen wir 48 bzw. 49 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung.

Daneben wird für Feuerwehrdienstleistende ab dem Jahr 2013 eine staatliche Unterstützungsleistung gewährt, wenn Leistungen, die im Zusammenhang mit der feuerwehrdienstlichen Tätigkeit stehen, von einer gesetzlichen Unfallversicherung aus medizinischen Gründen abgelehnt werden. Diese Unterstützungsleistung ist jährlich mit 150.000 Euro veranschlagt.

Für Erstattungsleistungen an die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung sowie an Betreiber von Rettungsleitstellen für Anschaffungen und Gutachten im Rettungsdienst werden auf der Grundlage des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes 6,4 bzw. 6,7 Millionen Euro bereitgestellt. Für die staatliche Förderung des weiteren Ausbaus und des laufenden Betriebs des Bergwachtzentrums Bad Tölz stehen insgesamt 4,9 Millionen Euro zur Verfügung.

Der staatliche Gesamtfinanzierungsbedarf für die Errichtung der 26 neuen integrierten Leitstellen und der Lehrleitstelle Geretsried bleibt mit 70 Millionen Euro gegenüber den bisherigen Schätzungen unverändert. Um auch künftig gegen Katastrophen gewappnet zu sein, werden dem Katastrophenschutzfonds pro Jahr rund 4,1 Millionen Euro zugeführt.

Erfreulich ist auch die Steigerung der Ansätze für den Hochbau. Bereinigt um Sonderfinanzierungen steigen diese von 39,5 Millionen Euro auf 54 Millionen Euro pro Jahr.Damit ist nicht nur sichergestellt, dass die laufenden Hochbaumaßnahmen fortgeführt werden können, möglich wird hierdurch auch der Beginn weiterer Baumaßnahmen mit hoher Priorität. Ebenso steigen die Mittel für den Bauunterhalt um 1,5 Millionen Euro auf 14,9 Millionen pro Jahr sowie für kleine Baumaßnahmen auf 13,5 Millionen Euro, in 2013 sogar auf 14,5 Millionen. Dies dient der Erhaltung der Substanz staatlicher Gebäude und damit der Werterhaltung des Staatsvermögens.

Mit dem Einzelplan 03 A für die Allgemeine Innere Verwaltung werden also auch in den Jahren 2013/2014 wichtige und wesentliche Impulse gesetzt. Diese Finanzausstattung bildet ein solides Fundament, um den Anforderungen der Menschen in diesem Lande gerecht zu werden, um die Lebensqualität und den Standort Bayern zu schützen und mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen gut weiterzuentwickeln. Dem vorliegenden Entwurf für den Haushalt 03 A im Jahr 2013 muss man deshalb auch zustimmen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Muss man?)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege Winter. Als Nächste hat Frau Kollegin Susann Biedefeld von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Susann Biedefeld** (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie werden verstehen, wenn ich gleich am Anfang feststelle, dass wir dem Haushalt 03 A nicht zustimmen können.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Kollege Winter, wir haben eingehend im Ausschuss darüber diskutiert. Ich habe dort ausgeführt und sage es hier auch: Wir als SPD-Landtagsfraktion haben sehr maßvolle Anträge im Hinblick darauf gestellt, was aus unserer Sicht unerlässlich ist, gerade für den Bereich der inneren Sicherheit − sprich: der Polizei -, für den Katastrophenschutz, aber auch im Bereich der gesamten inneren Verwaltung. 16 Anträge waren es allein zum Einzelplan 03 A; alle 16 Anträge wurden mit einem Wisch abgelehnt. Einen einzigen haben Sie noch einmal aufgegriffen, obwohl sie zunächst eine bessere Sachausstattung der Polizei bei den Dienstfahrzeugen abgelehnt haben. Offensichtlich haben Sie sich doch noch ein Herz genommen; vielleicht haben Sie auch einige Informationen eingeholt. Sie haben einen kleinen Antrag in Höhe von 2 Millionen für die Anschaffung von neuen Dienstfahrzeugen nachgeschoben, aber nur für das Jahr 2013 − und das bei einem Doppelhaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Das spricht Bände darüber, wie ernst von Ihrer Seite die Arbeit der Polizei genommen wird.

Der Einzelplan 03 A umfasst Polizei, Verfassungsschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Brandschutz und die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Den größten Posten machen in der Tat die Polizei und die innere Sicherheit aus. Sie werden fragen, warum die Opposition derartige Anträge stellt. Ich sage Ihnen dazu: Wir haben eine klare Basis hierfür, nämlich unsere Gespräche und die Besuche. Grundlage unserer Anträge sind Besuche bei den zehn Polizeipräsidien und anderen Dienststellen der Landespolizei, bei der Bereitschaftspolizei mit ihren sieben Abteilungen in Bayern und beim Landeskriminalamt. Wir haben Gespräche mit den Gewerkschaften der Polizei und mit Beschäftigten unserer Polizei geführt. Uns liegen auch Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen vor, in deren Familie, in deren Verwandtschaft und in deren

Freundeskreis Beschäftigte bei der Polizei sind und deren beruflichen Alltag sie teils hautnah miterleben.

Wir haben hier Defizite aufzuarbeiten, die ich nur stichpunktartig erwähnen möchte: Eine Million Überstunden gibt es bei der bayerischen Polizei, und auch im Jahr 2012 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Es fehlt also an Personal. Hinter die Aufklärungsquote nach der Kriminalstatistik machen wir ein dickes Fragezeichen. Die Zahl der Straftaten aus dem rechtsextremen Bereich hat sich 2011 mit 1.566 Delikten um 3,5 % erhöht. Die Gewaltkriminalität ist in Bayern im Jahr 2011 um 0,8 % gestiegen. Das klingt erst einmal, als wäre es ein geringer Anstieg, aber dahinter stecken 20.335 Fälle.

Die Anzahl der Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hat sich entsprechend erhöht, nämlich um 10 % im Vergleich zum Vorjahr. Jeder vierte Polizeibeamte, jede vierte Polizeibeamtin in Bayern erfährt inzwischen Übergriffe. Das muss man sich einmal vorstellen! Unser Polizeiexperte Harald Schneider und ich waren erst kürzlich wieder bei der Polizei in Coburg und in Bamberg. Bei solchen Besuchen wird immer wieder aufgezeigt, wie wichtig es wäre, die Polizeibeamtinnen und −beamten auf gesetzlicher Grundlage zu stärken. Es ist gut, wenn die Staatsanwaltschaft sagt, es ist kein Kavaliersdelikt, wenn Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und −beamte erfolgen. Aber letztendlich fehlt eine gesetzliche Grundlage, um dagegen vorzugehen und um diejenigen, die uns und alle Bürgerinnen und Bürger schützen, diejenigen also, die für uns alle arbeiten, zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Knapp 6.000 Polizeibeamtinnen und −beamte warten auf eine Beförderung. Ich verweise hier auf Drucksache 16/11004; da kann man das nämlich nachlesen. Im letzten Doppelhaushalt gab es keine Stellenhebungen, das fällt uns halt wieder auf die Füße. Kontinuität in der Haushaltspolitik fehlt; das zieht sich durch wie ein roter Faden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das sieht man gerade am Einzelplan 03 A, bei der Polizei, wenn es um Neueinstellungen geht, wenn es um Stellenhebungen geht, wenn es um Beförderungen geht: Hier fehlt einfach eine kontinuierliche Politik, eine kontinuierliche Investition. Auch die Wartezeiten vor Beförderungen sind enorm. Eingruppierungsprobleme gibt es für Dienstgruppenleiter oder kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter. Auch die Zahlen der Abgänge sind enorm hoch. Es ist bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in den Jahren 2016 bis 2020 wahnsinnig viele Ruhestandsabgänge auf uns zukommen. Hier müssen wir noch mehr vorarbeiten; das Bisherige reicht nicht aus. Wenn ich die Zahlen der neueingestellten Polizeibeamtinnen und −beamten mit den Zahlen derjenigen vergleiche, die in den Ruhestand gehen, muss ich sagen: Das ist ein Irrsinn; das reicht hinten und vorne nicht. Deswegen haben wir auch hierzu Anträge gestellt.

Viele notwendige Maßnahmen könnte ich noch anführen, aber dazu spricht noch unser Experte Harald Schneider. Ich kann nur sagen: Allen, die unter den entsprechend schwierigen Rahmenbedingungen, egal wo auch immer, im Bereich der Polizei tätig sind, sagen wir ein ganz, ganz herzliches Dankeschön für ihre Arbeit unter teilweise sehr, sehr widrigen Umständen. Innere Sicherheit bedeutet Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein Grundbedürfnis und muss jedem Menschen garantiert werden. Dafür ist aber eine technisch gut ausgestattete Polizei und eine ausreichende Zahl an Polizeibeamtinnen und −beamten unerlässlich.

Auch zur Inneren Verwaltung haben wir eine Reihe von Anträgen gestellt. Schwerpunkte haben wir im Bereich der Lebensmittelkontrollen und der Waffenkontrollen vor Ort gesetzt. Wir haben 71 Stellen für die Waffenkontrolleure und Lebensmittelkontrolleure an den Landratsämtern beantragt. Immer nur schärfere Gesetze und Verordnungen zu machen, nützt nämlich nichts; vielmehr bedarf es der Menschen, die diese Vorgaben kontrollieren. Die besten Gesetze und Verordnungen nützen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Daher haben wir diese Stellenanhebungen und den Einsatz von zusätzlichem Personal beantragt.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat der Kollege Joachim Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

**Joachim Hanisch** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt, der uns vorliegt, enthält wichtige Festlegungen, aber wir sind davon enttäuscht, dass alle Anträge, die wir zu diesem Haushalt gestellt haben - und es sind vernünftige Anträge -, abgelehnt wurden. Lassen Sie mich auf einige Anträge eingehen. 2011 haben wir auf die Entwicklung reagiert und 30 IT-Spezialisten bei der Polizei eingestellt. 2012 ist nichts mehr geschehen, und für die Jahre 2013/14 ist im Haushaltsplan ebenfalls nichts vorgesehen. In der Cyberkriminalität, in der Wirtschaftskriminalität haben wir große Probleme. Die Kriminellen stützen sich auf Computer, und da müssen wir auf gleicher Augenhöhe arbeiten; wenn wir das bei der Polizei nicht schaffen, haben wir von vornherein verloren.

Wir fordern zusätzliche Experten auch zur Bekämpfung des Extremismus. Wir haben große Probleme bekommen; sie zeigen sich jetzt in vielen Bereichen im NSU-Untersuchungsausschuss. Neben einem guten Verfassungsschutz brauchen wir auch eine Polizei, die spezialisiert ist und auch hier auf Augenhöhe mit diesen kriminellen Elementen agieren kann.Wir haben gefordert, sowohl im Haushalt 2013 als auch im Haushalt 2014 je zehn Stellen für Spezialisten aufzunehmen. Nicht nur bei der Strafverfolgung, sondern auch bei der Prävention wäre eine Menge zu tun, wenn wir dieses Problem in den Griff bekommen wollen. Leider Gottes ist darauf nicht reagiert worden.

Lassen Sie mich zur Sachausstattung der Polizei kommen. Wir haben gefordert, jeweils fünf Millionen aufzunehmen. Die CSU hat zwei Millionen eingestellt. Viele Fahrzeuge bei der Polizei sind veraltet. Deshalb ist es irgendwann einmal erforderlich, dass wir aktiv werden. Wir werden in den Jahren 2013 und 2014 mit zwei Millionen keine Bäume ausreißen können. Gehen Sie hinaus an die Basis. Gehen Sie hinaus zu den Inspektionen. Sie merken dann, in welchem Zustand die Fahrzeuge sind. Horchen Sie sich draußen bei den Inspektionen um. Denen reicht nicht einmal das Geld für den Sprit. Im November haben sie Probleme, müssen umschichten und tricksen, damit sie

überhaupt noch einsatzfähig sind. Darauf muss man reagieren. Die Chance dazu ist leider wieder vertan worden.

Auch die Arbeitsausstattung bei der Polizei müsste in weiten Teilen verändert werden. Mit mehr finanziellen Mitteln wäre hier einiges zu erreichen. Lassen Sie mich als Beispiel die größte Polizeiinspektion Bayerns nennen. Es ist die Polizeiinspektion Süd in Regensburg. Ich habe mir diese Polizeiinspektion zu einem Zeitpunkt angeschaut, als es geschneit hat. In den Zimmern liegt teilweise Schnee, weil die Fenster zentimeterbreite offene Spalten haben. Darüber können wir hier zwar lachen, aber die Betroffenen vor Ort verstehen es nicht, dass sie immer wieder vertröstet werden. Sie wären mit Baumaßnahmen schon längst an der Reihe. Dann wurde gesagt, zwei Inspektionen werden zusammengelegt und es wird gewartet, bis das abgewickelt ist. Das ist längst geschehen, trotzdem dauert es unendlich lange. Eine vernünftige Lösung wäre es gewesen, heuer die Planungen durchzuführen und nächstes Jahr mit dem Bau zu beginnen. Was haben wir im Haushalt? - Heuer Planungen und nächstes Jahr Planungen. Wann auch immer mit dem Bau begonnen wird, ist dem Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 nicht zu entnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, nachdem ich gerade bei der Polizeiinspektion Süd in Regensburg bin, möchte ich auch noch auf die Oberpfalz zu sprechen kommen. Bei der Verteilung der 250 zusätzlichen Stellen für die Polizei bekommt die Oberpfalz einen zusätzlichen Polizisten. Auf diesen einen hätten wir auch verzichten können, Herr Innenminister. Bei einem für die Oberpfalz von insgesamt 250 kann man rechnen, wie man will. Damit wird nicht einmal den über das Jahr 2013 verteilten Pensionierungen in der Oberpfalz Rechnung getragen. Am 1. August bestehen wieder Verteilungsmöglichkeiten. Ich hoffe, dass dann dieser Fehler korrigiert wird. Wenn ich einen Beamten einstelle, während 70 in Pension gehen, funktioniert das ganze System nicht mehr. Da kann ich nicht sagen, wir sind bestens ausgestattet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen positiven Aspekt eingehen. Bei der Städtebauförderung haben wir schon mehrfach aufgezeigt, wie positiv dieses Programm draußen nicht nur bei den Städten, sondern auch im ländlichen Raum wirkt. Wenn der Staat für die Städtebauförderung Geld zur Verfügung stellt, wird das Siebenfache dieses Betrages wieder erwirtschaftet. Das sagen uns die Statistiker. Bei dem, was der Staat an Mehrwertsteuer einnimmt, ist die Städtebauförderung ein Selbstläufer. Der Staat nimmt über die Mehrwertsteuer mehr ein, als er an Zuschüssen gewährt. Trotzdem tun wir uns unendlich hart, für dieses tolle Programm Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bedanke mich dafür, dass wir wenigstens zehn Millionen geschafft haben. Wir haben einen höheren Betrag gefordert und sind überzeugt davon, dass es uns die Kommunen an der Basis gedankt hätten. Das Städtebauförderungsprogramm ist ein Selbstläufer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt werden wir diesen Haushalt ablehnen. Bei der Polizei kommen unwahrscheinlich große Pensionierungswellen auf uns zu. Wir zeigen aber keine Kontinuität. Eines stört uns auch, und auch da kommen wir nicht voran: Wenn in der Wirtschaft ein Facharbeiter zu arbeiten aufhört und in Rente geht, wird ein Facharbeiter eingestellt. Wenn bei der Polizei ein Beamter aufhört und in Pension geht, wird ein Anwärter eingestellt. Deswegen kommen wir nicht so weit, dass wir uns mit den Einstellungen kontinuierlich den Pensionierungen annähern und damit besser darauf reagieren können. Wir wollen die Polizei besser ausstatten. Dafür sollten wir alle kämpfen. Es würde sich auch lohnen, dafür zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Susanna Tausendfreund vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Susanna Tausendfreund** (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich nicht wundern, wenn auch wir GRÜNE ankündigen, dass wir den Einzelplänen 03 A und 03 B nicht zustimmen können. Nicht zustimmen können wir unter anderem deswegen, weil alle unsere Änderungsanträge abgelehnt worden sind. Der notwendige Reformwille beim Landesamt für Verfassungsschutz ist nicht erkennbar. Die beantragten Nachbesserungen bei der Personalausstattung der Polizei wurden nicht aufgegriffen. Die personelle Ausstattung der Landratsämter zur Erfüllung der staatlichen Kontrollaufgaben bleibt unzureichend. Dabei sind die Aufgaben in der Lebensmittelkontrolle, im Waffenrecht, in der Heimaufsicht und in der Kontrolle gefährlicher Industrieanlagen grundlegend für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung. Hier darf sich der Freistaat keine Defizite leisten. Beim nächsten Lebensmittel- oder Pflegeskandal ist der Katzenjammer wahrscheinlich wieder sehr groß. Dem hätte aber vorgebeugt werden können.

Bei der energetischen Sanierung staatseigener Gebäude müssen wir eine glatte Fehlanzeige attestieren. Der Stau bei den Maßnahmen zur energetischen Sanierung ist anhaltend hoch. So können die selbst gesetzten Energiesparziele nicht erreicht werden.

Zu kritisieren ist auch der stete Rückzug aus dem Programm "Soziale Stadt", das in früheren Jahren sehr erfolgreich zur positiven Entwicklung und Belebung von städtischen Quartieren beigetragen hat. Mit der Kürzung der Bundes- und Landesmittel sind viele Initiativen ausgebremst worden. Zu den Staatsstraßen wird Kollege Mütze noch ein paar Ausführungen machen. Ich werde mich wegen der knappen Redezeit im Weiteren auf den Verfassungsschutz und die Polizei konzentrieren.

Eine Anmerkung vielleicht noch: Ich halte es weiterhin für sehr bedauerlich, dass die Fachdiskussion zu den einzelnen Haushalten immer nur im Haushaltsauschuss geführt wird und nicht in den Fachausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So konnten wir beispielsweise im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit überhaupt nicht über den Haushalt des Innenministeriums sprechen. Genauso wird auch in den anderen Fachausschüssen nie über den Haushalt debattiert. Das ist nicht vorgesehen. Das halte ich aber für kritikwürdig, und das sollte umgestellt werden, damit auch die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker ihre Meinung zu den einzelnen Haushaltspositionen einbringen können. Dann sähe der Haushalt in vielen Punkten vielleicht etwas anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einzelplan 03 A spiegelt in erster Linie die Sicherheitsarchitektur in Bayern wieder. Dabei besteht beim Verfassungsschutz ein grundlegender Überprüfungs- und Reformbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

442 Stellen sind vorgesehen. Der Jahresetat beträgt knapp 40 Millionen Euro und weist seit Jahren eine steigende Tendenz auf. Die zukünftige Entwicklung des Landesamts für Verfassungsschutz steht dieses Mal aber besonders auf dem Prüfstand. Unsere parlamentarische Aufgabe ist es, den Ursachen des Staatsversagens bei der Aufklärung der NSU-Mordserie auf den Grund zu gehen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss, den wir hierzu eingerichtet haben, ist ein Mittel, um Licht in die Vorgänge und Zusammenhänge zu bringen. Daneben muss sich aber auch die Staatsregierung deutlich stärker an der Aufklärungsarbeit beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor ist es unbegreiflich, wie die Morde des Terrortrios so lange unerkannt bleiben konnten, obwohl Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe und deren näheres Umfeld von V-Leuten der verschiedenen Verfassungsschutzämter regelrecht

umzingelt gewesen sein müssen. Immer mehr Bezüge zur bayerischen Neonaziszene werden bekannt. Hier ist Demut, aber kein Abwiegeln angesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus sind Reformüberlegungen für mehr Transparenz und für eine Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft sowie eine Überprüfung der Schwerpunktsetzung bei der Arbeit des Verfassungsschutzes erforderlich. Mit etwas mehr Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und dem gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus ist es nicht getan. Meines Erachtens hat die Arbeit der verschiedenen Untersuchungsausschüsse schon jetzt sehr deutlich gemacht: V-Leute schaden mehr als sie nützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn V-Leute auch noch dazu eingesetzt werden, Kommunikationsstrukturen und weitere Strukturen unter den Neonazis mit finanziellen Mitteln des Staates erst aufzubauen, um sie dann beobachten zu können, sind die Grenzen des Erträglichen wirklich überschritten. In der Expertenanhörung im Untersuchungsausschuss, die vor zwei Wochen stattgefunden hat, haben wir mehr über die Zusammenhänge innerhalb der Neonazi-Szene und über das Umfeld des Terror-Trios erfahren als von den bisher angehörten Zeugen des bayerischen Verfassungsschutzes, die zudem meist in geheimen Sitzungen ausgesagt haben. Dies verdeutlicht, dass der Schutz unserer Demokratie auf wissenschaftlicher und journalistischer Arbeit basieren kann und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen ausgebaut werden muss.

Auch eine wirksame und effektive Kontrolle des Verfassungsschutzes besteht bisher noch nicht. Die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums reicht mir dafür nicht aus. Außerdem muss überprüft werden, ob überflüssige Arbeitsbereiche abgesondert und Einsparpotenziale genutzt werden können. Wir sind der Auffassung, dass gerade die Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine originäre Aufgabe der Polizei ist

und nicht des Verfassungsschutzes. Daher haben wir hinsichtlich dieses Aufgabenbereichs eine Personalumschichtung hin zur Polizei vorgeschlagen.

Ich komme zur Polizei. Dort besteht immer noch ein großer Nachholbedarf, der mit diesem Haushalt nicht abgedeckt wird. Wir brauchen eine personell gut aufgestellte, gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizei. Dafür bedarf es einer Verstetigung der Zahlen der Einstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern auf 1.250 pro Jahr und nicht die jetzt wieder vorgesehene Wellenbewegung bei den Einstellungen. Wir brauchen zunächst durchgehend bis 2018 1.250 Einstellungen pro Jahr. Auch dem gesamten Ausbildungsapparat würde es guttun, wenn es nicht mehr die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen bei den Einstellungszahlen gäbe. Wir brauchen diese Verstetigung der Einstellungszahlen, weil Fehler der Vergangenheit ausgebügelt werden müssen. Noch in der Stoiber-Zeit 2005/2006 sind die Einstellungszahlen völlig heruntergefahren worden. Wir brauchen einen Ausgleich für die Rückführung auf die 40-Stunden-Woche. Wir brauchen erhöhte Einstellungszahlen auch, um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden; denn die Anzahl der Stellen der mobilen Reserve reichen im Moment nur für den Ausgleich von Schwangerschaftszeiten aus, aber nicht für die Ausfälle durch die Beanspruchung von Elternzeit. Die Elternzeit wird umso mehr beansprucht, je höher der Anteil der Frauen in der Polizei liegt und je mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen wollen.

Über die Polizeireform haben wir vor Kurzem im Ausschuss diskutiert. Wir haben den Bericht von Professor Neubeck, dem Vorsitzenden der Expertenkommission, und den weiteren Experten bekommen. Die Polizeireform baute auf einer absehbar unzutreffenden Prognose auf. Verhältnisse, die gemäß dem Schlagwort "besser und billiger" wären, sind nicht eingetreten. Es kam auch nicht mehr Polizei auf die Straße. Professor Neubeck hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Ziel, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, von Anfang an nicht erreicht werden konnte. Er hat gesagt, dass dies unrealistisch gewesen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals wurden Hoffnungen geweckt, und die Personalpolitik hat sich auf diese Hoffnungen gestützt, aber sie konnten nicht erfüllt werden. Das müssen wir jetzt wieder ausgleichen, und diesem nötigen Ausgleich wird der Haushalt nicht gerecht.

Ich könnte an dieser Stelle noch viele andere Punkte aufgreifen: die noch nicht gelöste Problematik des Beförderungsstaus, der schon erwähnt wurde, oder das Trauerspiel um den Digitalfunk, dessen Umsetzung immer noch nicht richtig angelaufen ist. Es gab Versprechungen, dass er viel früher eingeführt wird. Er ist teurer geworden als vorgesehen − etc. Ich hoffe, dass der Digitalfunk bald tatsächlich eingeführt wird und dass hierzu keine weiteren Rochaden mehr ausgeführt werden müssen. Im Übrigen denke ich, ich habe ausreichend ausgeführt, warum wir GRÜNEN diesem Haushalt nicht zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Dr. Fischer von der FDP das Wort. Bitte schön.

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Beides gehört zusammen. Sicherheit ohne Freiheit ist nicht erstrebenswert, aber Freiheit ohne Sicherheit ist auch unmöglich. Damit sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern weiterhin sicher fühlen, gilt es, die innere Sicherheit zu bewahren und weiter auszubauen. Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehren und Katastrophenschutz sind dafür jeden Tag im Einsatz. Dazu brauchen wir die nötigen Rahmenbedingungen. Wer die Reden der Kolleginnen und Kollegen der Opposition gehört hat, hat vernommen, dass sie ein düsteres Bild der inneren Sicherheit in Bayern zeichnen. Die Wahrheit sieht Gott sei Dank anders aus.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Bayern ist das sicherste Bundesland in Deutschland. Das zeigt jedes Jahr erneut die polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Auch wenn, Frau Kollegin Biedefeld, die Rate der Gewaltdelikte um 0,8 % zugenommen hat und die Kriminalitätsrate in Bayern um 0,5 % und damit ganz geringfügig gestiegen ist, belegt der Freistaat Bayern doch mit weniger als 5.000 Straftaten pro 100.000 Einwohnern unverändert einen Spitzenplatz hinsichtlich der inneren Sicherheit. Das erreicht kein anderes Land in Deutschland, und schon gar keines, das von der SPD regiert ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Mit 64 % klärt unsere bayerische Polizei fast zwei Drittel aller registrierten Straftaten auf. Bundesweit liegt die Aufklärungsquote regelmäßig bei rund der Hälfte aller Delikte. Allein diese Zahlen belegen, wie hoch professionell und effektiv unsere Polizei arbeitet. Polizeiarbeit in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Darum hätten sie Besseres verdient! Genau deswegen hätten sie Besseres verdient!)

Der Einzelplan 03 A, der zu 77 % ein Polizeihaushalt ist, bietet nicht nur die Gewähr und die Grundlage dafür, dass Bayern ein sicheres Land bleibt, sondern auch dafür, dass wir die Nummer 1 hinsichtlich der inneren Sicherheit in Deutschland bleiben. Das beste Rezept für die innere Sicherheit besteht in einem konsequenten Gesetzesvollzug durch eine erstklassig ausgerüstete und vernünftig bezahlte Polizei. Deshalb ist das Handlungsmotto, das unser Ministerpräsident gestern verkündet hat − "Polizisten statt Paragraphen" −, nicht nur absolut richtig, es ist auch gerade für uns Liberale sozusagen das Fundament unserer Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale haben immer auf eine gute personelle Ausstattung der Polizei gesetzt. Nur so ist Prävention möglich, und nur so können Straftaten konsequent verfolgt werden. Die FDP hat in die schwarz-gelbe Koalition die Forderung nach 1.000 zusätzli-

chen Stellen bei der Polizei eingebracht. Die ersten Polizeibeamten aus diesem Programm haben mittlerweile ihre Ausbildung beendet, und sie sorgen für unsere Sicherheit. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mit diesem Doppelhaushalt konsequent die personelle Verstärkung unserer Polizei fortgesetzt.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie viele sind parallel dazu in den Ruhestand gegangen?)

Auch eine erfreuliche Bilanz ist kein Grund, sich auszuruhen. Der Einzelplan 03 A ist ein Personalhaushalt. Der größte Teil der darin vorgesehenen Ausgaben entfällt auf Personalausgaben. Vorgesehen sind 51.587 Stellen, davon allein 40.166 bei der Polizei. Kolleginnen und Kollegen, ich weise immer wieder darauf hin: Wir diskutieren hier den Entwurf eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden. Und trotzdem werden allein durch den Einzelplan 03 A 1.058 Stellen neu ausgewiesen, und davon entfallen 947 auf die Polizei. Das ist die beste Garantie dafür, dass unser Land auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben mit 840 Anwärterstellen Ruhestandsversetzungen ausgeglichen. Auch das war in früheren Jahren nicht immer so. Aber selbst wenn diese Stellen abgezogen werden, bleibt unterm Strich eine personelle Verstärkung.Und die Praxis zeigt uns nicht nur dass, sondern auch wo Handlungsbedarf besteht.

Zwei Bereiche möchte ich ausdrücklich erwähnen; einen davon hat Kollege Hanisch angesprochen: Technische Entwicklungen vollziehen sich in unserer Zeit immer schneller. Sie ermöglichen auch Kriminellen neue Handlungsfelder. Computer- und Internetkriminalität nehmen zu. Darauf reagieren wir.

Der zweite Bereich: Rechtsextremisten treten in der Öffentlichkeit offensiver denn je auf. Nicht erst die Morde des NSU zeigen, wie wichtig es ist, Extremisten, gleich welcher Richtung, und erst recht extremistischen Gewalttätern in diesem Land keinerlei

Spielraum zu gewähren. Deshalb ist es logisch und richtig, dass 96 Stellen neu geschaffen wurden, um diesen Herausforderungen entschlossen entgegenzutreten, um insbesondere neuen Formen der Kriminalität im Internet zu begegnen und die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu intensivieren.

Der Entwurf des Einzelplans 03 A enthält darüber hinaus auch die Stellenmehrungen, die durch die Abschaffung der 42-Stunden-Woche notwendig geworden sind. Die Arbeitszeitverlängerung war ein Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten, und ich bin froh, heute sagen zu können: Wir haben unser Wahlversprechen gehalten und dafür gesorgt, dass dieses Sonderopfer beseitigt wird.

Ein entscheidender Standortfaktor unseres Landes ist eine funktionsfähige und effiziente innere Verwaltung. Allen Beschäftigten gilt unser Dank und unsere Anerkennung. 78 neue Stellen in diesem Bereich sind richtig und wichtig.

Genauso wichtig wie neue Stellen für den öffentlichen Dienst sind die Schaffung und der Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten. Das trägt nicht nur zur Motivation bei, es entspricht auch einem liberalen Grundprinzip, nämlich dem Leistungsprinzip. Wer gute Leistungen erbringt, muss eine faire Chance bekommen, aufzusteigen und vorwärtszukommen. Deswegen bin ich außerordentlich dankbar dafür, dass der Stellenplan des Einzelplans 03 A insgesamt 3.307 Stellenhebungen enthält. Das sind 3.307 Möglichkeiten, jemandem, der sich in seinem Beruf engagiert und Leistung erbringt, die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen.

Auch die Feuerwehren leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit. Tagtäglich sind mehr als 320.000 Aktive bereit, für Brandschutz oder technische Hilfeleistungen zu sorgen, wann immer sie gebraucht werden. Diese Einsatzkräfte brauchen aber die dazu nötige Aus- und Fortbildung. Sie ist ein Garant für ein funktionierendes System der Sicherheitsarchitektur in Bayern. Die Aus- und Fortbildung wird insbesondere von den drei staatlichen Feuerwehrschulen in Geretsried, Lappersdorf und Würzburg geleistet. Ich begrüße außerordentlich, dass 29 Stellen für die Feuer-

wehrschulen vorgesehen sind; neben der Etatisierung von 25 Stellen werden vier Stellen neu geschaffen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Ausbildungssituation an den Feuerwehrschulen nachhaltig zu verbessern.

Alle Einsatzkräfte brauchen neben der "Manpower" auch eine angemessene Sachausstattung. Dafür haben wir gesorgt; es ist schon angesprochen worden. 17,4 Millionen bzw. 13 Millionen Euro für Polizeifahrzeuge sind nur ein Beispiel.

Bei der flächendeckenden Einführung und Errichtung des BOS-Digitalfunks darf es keine weitere Verzögerung mehr geben. Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wie Feuerwehren, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, THW und natürlich die Polizei, die täglich ihren Beitrag leisten, um die innere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat zu gewährleisten, sind auf funktionsfähige und zeitgemäße Kommunikationsmittel angewiesen. Die bestehenden Kommunikationsnetze sind veraltet und müssen ersetzt werden. Ich begrüße, dass die Investitionen 2013 und 2014 auf 104 Millionen bzw. 103 Millionen Euro erhöht werden. Der BOS-Digitalfunk ist zugegeben teurer geworden; wir alle hätten uns eine andere Kostenentwicklung gewünscht. Wer aber heute beklagt, dass der BOS-Digitalfunk zu teuer sei, der muss ehrlich sagen, wie er ihn hätte billiger einführen können oder ob er lieber auf den Digitalfunk verzichtet hätte, sodass Bayern mit Albanien das letzte Land mit Analogfunk geblieben wäre.

Die Feuerwehren können sich über eine Verbesserung ihrer Sachausstattung freuen. Das zweckgebundene Feuerschutzaufkommen ist von 61 Millionen auf 70 Millionen Euro pro Jahr gestiegen. Diese Gelder müssen und sie werden bei den Feuerwehren ankommen. Neben der Finanzierung der Feuerwehrschulen ist damit die Fahrzeug- und Gerätebeschaffung gesichert. Ich freue mich besonders, dass beispielsweise auch Wärmebildkameras, die in unübersichtlichen Situationen Menschenleben retten können, auf Antrag der FDP-Fraktion, der in diesem Haus eine Mehrheit gefunden hat, förderfähig geworden sind.

Lassen Sie mich noch auf den Einzelplan 03 B eingehen. Das Ausgabenvolumen umfasst im Jahr 2013 1,333 Milliarden Euro und im Jahr 2014 annähernd den gleichen Betrag. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung um 22 Millionen Euro. Den größten Teil machen dabei die Ausgaben zum Ausbau der Staatsstraßen aus. Unsere Staatsstraßen brauchen regelmäßigen Unterhalt. Wir können es uns nicht leisten, den Unterhalt zurückzustellen und ihn aufzuschieben; denn je länger man mit notwendigen Investitionen wartet, desto teurer wird die Gesamtrechnung.

Zum Staatsstraßenbau sind auch die Mittel zur Abfinanzierung der PPP-Projekte − Public Private Partnership − zu rechnen: Sie betragen 8,1 Millionen Euro im Jahr 2013 und im Jahr 2014.

In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass die staatliche Förderung des sozialen Wohnraums mehr als notwendig ist. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger ist nicht zu leugnen. Die steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt sind für manche kaum mehr bezahlbar. Um diesem Trend entgegenzusteuern, enthält der Einzelhaushalt 205 Millionen Euro für diesen Bereich.

Die Ansätze der Bundes- und Landesmittel für die Städtebauförderung vermindern sich um 16 Millionen Euro auf 137 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2006 haben wir in Bayern einen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung. Diese Maßgabe haben wir bei der Haushaltsplanung 2013/2014 eingehalten. Mehr Mittel zu fordern, ist das Vorrecht der Opposition. Für das Nötige zu sorgen, ist die Aufgabe der Regierungsfraktionen. Ich kann das Resümee ziehen: Die Einzelpläne 03 A und 03 B sind so schlank wie möglich und so stark wie nötig. Sie sind Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik, die für unsere Fraktion oberste Priorität hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Staatsminister des Innern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

Kolleginnen und Kollegen, die Einzelpläne 03 A und 03 B sind der eindrucksvolle Beweis dafür, dass man auch mit einem ausgeglichenen Haushalt alle notwendigen Investitionen in die Sicherheit unseres Landes vornehmen kann. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesen Einzelplänen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Josef Miller von der CSU das Wort. − Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Miller** (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates gehört es, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, neue Infrastrukturmaßnahmen zu planen und durchzuführen und dadurch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Staat zu mehren. Der vorliegende Einzelplan 03 B ist von Verstetigung und Verlässlichkeit bei anhaltend hohem Förderniveau geprägt. Zudem trägt der Einzelplan 03 B mit seiner hohen Investitionsquote von rund 47 % wesentlich dazu bei, dass der Doppelhaushalt 2013/2014 insgesamt eine Investitionsquote von 12 % aufweist. Mit dieser Investitionsquote steht Bayern an der Spitze aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dabei Schulden zu tilgen und die höchste Investitionsquote in Deutschland aufzuweisen, ist eine Spitzenleistung, auf die wir stolz sind und auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Obwohl Bayern mit der Investitionsquote an der Spitze steht, sagt die Opposition: Es könnte mehr sein. Sie glaubt, dass man damit bei den Wählern Stimmen bekommt. Sie sagt aber nicht, woher das Geld zur Finanzierung ihrer Vorschläge kommen soll. Ich kann nur sagen: Der Weg in die Verschuldung ist ein Irrweg. Dieser Weg führt in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft. Ich sage das deshalb, weil wir gleich an-

schließend die Diskussion haben werden, wo überall in den Haushalten mehr investiert werden soll.Wir können am Schluss zusammenzählen und feststellen, welche der Parteien Schuldenkönig wird, wer also die meisten ungedeckten Forderungen aufweist.

Während andere Länder aufgrund hoher Verschuldung weniger investieren können, Investitionen verschieben oder streichen, können wir in Bayern in Zukunftsprojekte investieren. Das hat eine starke Aufgabenvermehrung für die bayerische Staatsbauverwaltung zur Folge, denn sie ist nicht nur für den Einzelplan 03, sondern auch für eine Vielzahl von Baumaßnahmen zuständig, die in den Einzelmaßnahmen der übrigen Resorts veranschlagt werden.

Schon im Nachtragshaushalt wurde eine starke Erhöhung der dazu notwendigen Finanzmittel im staatlichen Hochbau vorgenommen. Diese Maßnahmen haben inzwischen die Milliardengrenze überschritten. Hinzu kommen Hochbaumaßnahmen des Bundes und Dritter in Höhe von 400 Millionen Euro und 1 Milliarde Euro für Maßnahmen im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen. Wir haben beim staatlichen Hochbau im Nachtragshaushalt 100 Millionen Euro für größere Maßnahmen und 45 Millionen Euro für kleinere Maßnahmen zusätzlich ausgebracht. Das sind Leistungen, die es in keinem anderen Landeshaushalt gibt. Herzlichen Dank auch an unseren Ausschussvorsitzenden Winter!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Doppelhaushalt haben wir gegenüber dem Stammhaushalt 2012 für große Baumaßnahmen des Jahres 2013 um 58 Millionen Euro mehr eingestellt, das heißt im Ganzen 616 Millionen Euro.

Im Jahr 2014 sind es 95 Millionen Euro mehr, im Ganzen 644 Millionen Euro. Bei den kleinen Baumaßnahmen beträgt die Aufstockung im Stammhaushalt 41 Millionen Euro. Der Betrag steigt also von 80 auf 121 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich sehen lassen und ist deshalb erfreulich.

Damit komme ich zu dem nächsten Thema. Jeder Neu- und Umbau bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Energiebilanz. Wir werden die Energiewende aber nur schaffen, wenn wir Energie sparen, wo immer es möglich ist. Auch auf diesem Gebiet ist der Freistaat mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir haben dafür im Nachtragshaushalt 20 Millionen Euro eingestellt. Die Förderung der energetischen Sanierung wird im Doppelhaushalt fortgeführt.

Ich weise aber deutlich darauf hin: Das ist nicht alles; denn bei der energetischen Sanierung der staatlichen Gebäude werden in der Regel 20 % der Mittel von den Ressorts zusätzlich aus den allgemeinen Baumitteln zur Verfügung gestellt. Damit können wir weitere Gebäude energetisch sanieren.

Hinzu kommt, dass Maßnahmen an staatlichen Gebäuden in Bayern nicht nur den gesetzlichen Vorschriften der Energieeinsparverordnung unterliegen. Nach einem Ministerratsbeschluss von 2011 müssen alle staatlichen Baumaßnahmen in Bayern die Anforderungen der Vorschriften zur Energieeinsparung um 30 % übertreffen. Das zeigt: Bayern ist bei der Energiewende Vorreiter und braucht keinen Vergleich zu scheuen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Worin besteht das Vorbild?)

- Ich kann Ihnen die Antwort gleich geben. Wir waren vorbildlich beim Konjunkturprogramm, wo wir im Gegensatz zu allen anderen Ländern die Fördermittel in erster Linie in die energetische Sanierung öffentlicher Bauten gesteckt haben. Wir haben auch jetzt in die Anlage S Maßnahmen aufgenommen, die zur energetischen Sanierung dadurch beitragen, dass wir entsprechend investieren.

Beispielsweise wird das Gebäude der Obersten Baubehörde aus der Anlage S energetisch saniert und finanziert, nicht etwa aus den Energiesanierungsmitteln. Wer bereit ist zu rechnen − ich bitte, dies zu tun, bevor man kritisiert -, wird feststellen, dass die Erhöhung des Mitteleinsatzes für die energetische Sanierung das, was Sie gefordert haben, weitgehend erfüllt und zum Teil erheblich übertrifft.

Nun zur Wohnbauförderung. Bayern gehört erfreulicherweise zu den ganz wenigen Bundesländern, deren Bevölkerung insgesamt nicht zurückgeht, sondern steigt. Auch dies ist ein Beleg für eine erfolgreiche Politik im Arbeits- und Ausbildungsbereich einschließlich der Studienplätze. Deswegen kommen die Leute nach Bayern und gehen von Bayern nicht weg. Aber dadurch nimmt der Bedarf an Wohnungen, insbesondere an bezahlbaren Wohnungen und vor allem in Ballungsgebieten und in vielen Städten zu. Dem sehen wir nicht tatenlos zu, sondern reagieren auf die Situation.

Ich fand es großartig, dass Staatsminister Herrmann zu Beginn des Jahres die Kostenobergrenze und damit die Förderhöhe angehoben und die Zinssätze für die Förderdarlehen deutlich gesenkt hat, und zwar im Konsens mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft. Dies kam gut an und ist ihm hoch angerechnet worden. Zusätzlich wurden die Zuschläge angepasst bzw. neu eingeführt, zum Beispiel bei Wohnungen für Rollstuhlfahrer oder wiederum für energetische Maßnahmen.

Der Bewilligungsrahmen für die Wohnbauförderung im Doppelhaushalt wurde vom Haushaltsausschuss um 5 Millionen Euro angehoben. Damit befindet sich Bayern − auch das bitte ich bei der Diskussion zu berücksichtigen − an dritter Stelle aller Bundesländer. Aber dort, wo Sie regieren, ist das nicht der Fall. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, statt immer dazwischenzurufen. Sie können dann ja auch darauf antworten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist ein gutes Zeichen, dass wir in den ländlichen Räumen wieder eine verstärkte Zunahme der Bautätigkeit verzeichnen. Dazu tragen die niedrigen Zinsen und die Bereitschaft bei, in private Wohnungen zu investieren.

Die Zahl der Baugenehmigungen hat vor fünf Jahren 35.000 betragen. Im Jahr 2010 gab es einen Anstieg auf 42.000. Im Jahr 2011 lag die Zahl der Baugenehmigungen bei 52.000. Bei einem Vergleich des jetzigen Jahres mit den entsprechenden Monaten

des Vorjahres stellen wir insgesamt einen Anstieg von 0,6 % fest. Aber bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen liegt der Anstieg bei 6,8 %.

Ich betone, dass es uns nur dann gelingen wird, mehr Wohnraum, insbesondere Mietwohnungen zu schaffen, wenn private Investoren dazu bewegt werden können, längerfristig Kapital in Wohngebäuden anzulegen und auch bei vermehrten energetischen Maßnahmen und gestiegenen Kosten zu investieren. Um dies zu erreichen, fordern wir die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die die Staatsregierung insbesondere für die Gebiete mit hohem Wohnraumbedarf beim Bund einfordern wird.

Heute wird die Wohnungsnot beklagt. Es war aber die rot-grüne Regierung, die damals die degressive Abschreibung abgeschafft hat. Wenn keine Anreize bestehen, Wohnungen zu bauen, werden auch keine gebaut. Ich kann hier nur bitten, mitzuhelfen, Mehrheiten dafür zu organisieren, dass wir die degressive Abschreibung zurückbekommen. Dann wird es auch wieder interessant, in den Mietwohnungsbau zu investieren.

Beim Wohngeld verringern sich die Ausgaben erfreulicherweise. Sie wissen, gibt es da eine gesetzliche Vorgabe. Der Betrag sinkt von 144 auf 133 Millionen Euro. Damit können wir den gesetzlichen Wohngeldanspruch erfüllen. Das ist die Auswirkung einer guten Arbeitsmarktsituation in unserem Land. Gute Politik zahlt sich aus, auch bei den Menschen, die früher Wohngeld beantragen mussten und es heute nicht mehr müssen.

Studentenwohnraum fördern wir seit vielen Jahren mit einer kontinuierlich guten Mittelausstattung. Es stehen jeweils 17,5 Millionen Euro bereit. Andere Länder wären froh, wenn sie die Mittel bereitstellen könnten, die wir in Bayern bereitstellen.

Die Städtebauförderung wird sehr gut angenommen; das ist heute schon gesagt worden. Das Förderprogramm ist stark differenziert. Damit kann man die gegenwärtigen Probleme gut lösen, zum Beispieldie Konversion und Revitalisierung von Industrie-

und Gewerbeflächen, den demografischen Wandel, die energetische Erneuerung und die Innenstadtstärkung. Sehr erfreulich ist, dass der Bewilligungsrahmen aus Landesmitteln für die Städtebauförderung im Haushaltsausschuss um jeweils 10 Millionen Euro erhöht wurde und damit knapp 95 Millionen Euro beträgt. Kolleginnen und Kollegen, das ist, wenn man die Kürzungen des Europäischen Strukturfonds in Höhe von 5 Millionen Euro abzieht, das gleiche Niveau wie 2012, und das ist deutlich höher als die knapp 60 Millionen Euro in den Jahren 2005 bis 2007 oder die 70 Millionen Euro von 2009 bis 2011.

Allein im Nachtragshaushalt 2012 wurde das Landesprogramm von 13 Millionen um 35 Millionen auf 48 Millionen Euro erhöht, und es wird in dieser Höhe im Doppelhaushalt weitergeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist ein tolles Ergebnis. Und ich sage Ihnen auch: Während andere Länder und auch der Bund die Mittel für die Städtebauförderung in den letzten Jahren gekürzt haben, haben wir die Landesmittel ganz massiv erhöht. Das ist auch ein klares Signal an die Kommunen. Bayern lässt sie mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht allein, sondern trägt mit diesem Programm ganz erheblich zur Steigerung der Wohnqualität und Attraktivität der bayerischen Städte und Gemeinden bei. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das kommt unseren bayerischen Bürgern in Stadt und Land zugute.

(Beifall bei der CSU)

Nur ganz kurz etwas zum Straßenbau. Wir haben in früheren Jahren gespart. Um einen ausgeglichen Haushalt zu bekommen, haben wir nicht in dem erforderlichen Maße in Staatsstraßen investiert. Das hat zu einem Nachholbedarf geführt. Wir haben im letzten Haushalt noch einmal kräftig angeschoben, um unser Ziel zu erreichen, seit 2008 insgesamt 200 Millionen plus x für den Staatsstraßenbau zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch dieses Mal wieder 215 Millionen Euro − 125 Millionen Euro allein

für die Bestandserhaltung - eingestellt. Zum Vergleich: In den Jahren 2004 bis 2007 haben wir für die Bestandserhaltung nur 55 Millionen Euro zur Verfügung gehabt. Das entspricht einer Verdoppelung der Mittel von damals. Wir werden die Bestandserhaltung durch den Wiedereinbau von vorhandenen und aufbereiteten Materialien und Ressourcen umweltgerecht weiterführen, was auch bisher schon zu einer Kostensenkung beigetragen hat. Insgesamt wird damit der Zustand der Staatsstraßen Jahr für Jahr besser, und der Nachholbedarf wird geringer.

Im Haushalt kommen seit einigen Jahren zusätzlich noch 30 Millionen Euro an Finanzmitteln für Fälle hinzu, in denen die Kommunen die Sonderbaulast übernehmen. Damit können wir Kreuzungen entschärfen, Umgehungsstraßen errichten und das Radwegenetz erneuern. Der Haushalt 2013/2014 leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere bayerischen Straßen sicher sind und das Radwegenetz noch besser wird. Unsere Ziele sind ein gut ausgebautes Straßennetz, gut erhaltene und energiesparende Staatsgebäude und entsprechender Wohnraum für unsere Bevölkerung. Dazu leistet der Einzelplan 03 einen wichtigen Beitrag.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich bitten, dem Einzelplan 03 B zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung, insbesondere des Innenministeriums, sowie beim Vorsitzenden unseres Ausschusses, Georg Winter. Mein besonderer Dank gilt Herrn Staatssekretär Eck und den Ministern Joachim Herrmann und Markus Söder.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Danke, Herr Kollege Miller. Als Nächster hat sich für die SPD Herr Schneider zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

**Harald Schneider** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! "Morgen kommt der Weihnachtsmann, kommt mit seinen Gaben", klingt es

nicht nur auf den Weihnachtsmärkten von Aschaffenburg bis Altötting, sondern auch hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Staatsregierung lässt in der Tat die Glocken so süß wie schon lange nicht mehr klingen und ruft: "Herbei, oh ihr Gläubigen; ich will euch erquicken."

Ich war am Montag beim Weihnachtsempfang des Innenministers und musste mir zum x-ten Mal anhören, dass die Polizei den höchsten Personalstand ihrer Geschichte hat.

(Beifall bei der CSU)

Doch das Echo auf diese Botschaft war bei den umstehenden Polizisten ganz anders und klang nicht wie "Oh du fröhliche, oh du selige", sondern eher wie: "Sag mir, wo die Polizisten sind; wo sind sie geblieben?"

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Bei vielen Dienststellen in Bayern singen die Dienststellenleiter wohl eher, "Ihr Kinderlein kommet, oh kommet doch bald" und meinen damit die Polizisten, die ihnen seit vielen Jahren versprochen und vorenthalten werden. Ich nenne nur ein Beispiel aus der Oberpfalz. Herr Kollege Hanisch hat es ebenfalls genannt. Eine Zuteilung zum Übernahmetermin, 70 gehen im nächsten Jahr in den Ruhestand. Die Polizei wird nach dem Motto vertröstet: "Morgen, Kinder, wird’s was geben". Nicht heute, nein, zum 01. August 2013, sechs Wochen vor der Landtagswahl, wird das Füllhorn ausgeschüttet. Aber vorher muss Maria durch den Dornwald gehen und auf Gottes Vorsehung hoffen, dass nichts passiert.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CSU)

Aber der Schnee wird wohl noch lange sehr leise rieseln, bevor sich hier etwas ändern wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auf der Straße ist noch kein einziger Polizist mehr angekommen. Um die Versäumnisse der Jahre 2003 bis 2008 auszugleichen, muss mehr geschehen. Alle Jahre wieder müssen dann konsequent mehr als tausend Polizisten eingestellt werden, und nicht nur zur Sommerzeit, nein, auch im Winter, wenn es schneit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Am letzten Freitag war der Arbeitskreis der SPD im Polizeipräsidium Nürnberg. Dort singt man seit Jahren: "Raindrops keep fallin’ on my head" und stellt, wenn es regnet, Eimer in den Büros auf. Im Winter zaubert die Kälte wie bei "Schneeflöckchen, Weißröckchen" wunderschöne Eisblumen an die Fenster, die bald aus dem Rahmen fallen. "In the summertime, when the weather is high" - frei nach Mungo Jerry - braucht man die Eimer mit Wasser, um wenigstens die Füße zu kühlen, wenn auch der Kopf heiß ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vor einigen Jahren war ich zu Besuch bei der Polizeiinspektion Coburg. Ich gehörte diesem Hohen Hause noch nicht an. Dort wurde ganz nach dem Motto "Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt; wir steigern das Bruttosozialprodukt" geschaufelt, gemauert und gebaggert. Jetzt, einige Jahre später, war ich mit meiner Kollegin Susann Biedefeld wieder in Coburg. Dort wird immer noch geschaufelt, gemauert und gebaggert, wie in der "Never ending Story", dem Titelsong der "Unendlichen Geschichte".

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer kennt nicht "Mein Maserati fährt 210; schwupp − die Polizei hat’s nicht geseh’n; wir geben Gas, wir geben Gas, wir wollen Spaß, wir wollen Spaß"? Auch wenn die Polizei im Jahr 2014 die Raser sehen wird, wird sie sie nicht kriegen; denn ihre alten Autos haben 400.000 Kilometer auf dem Buckel. So besteht kaum die Chance, die

Verfolgung aufzunehmen.Da nützt die nachträgliche Erhöhung des Kfz-Etats um zwei Millionen Euro relativ wenig.

Ich erinnere daran: 2009 im August wurden über 1.000 Polizeifahrzeuge für 30 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket des Bundes gekauft. Diese sind alle 2013/14 fertig und müssen aussortiert werden. Da langt das Geld hinten und vorne nicht; das muss klar festgestellt werden.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss: Lasst uns froh und munter sein, auch wenn es manchmal schwerfällt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Glauber ans Mikrofon.

**Thorsten Glauber** (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der sehr humorigen Weihnachtsrede des Kollegen Schneider mit seinen zu Recht kritischen Anmerkungen kann ich leider nicht mit einer Weihnachtsrede dienen. Aber der Kollege Miller hat vorhin schon seine Weihnachtsgeschichte erzählt mit seiner Lobhudelei auf seine Amtszeit als Minister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zeit, für die der Kollege seine Lobrede gehalten hat, war er selbst Landwirtschaftsminister. Wir haben in der Zeit von Edmund Stoiber und seinem Wahn eines ausgeglichenen Haushalts einen Kahlschlag im Staatsstraßenbau erlebt, unter dem wir heute noch leiden. Ob Sie es hören wollen oder nicht: Die damalige Regierung einer Zweidrittelmehrheit hat Ihnen nicht gutgetan, und sie hat Bayern nicht gutgetan. Sie ist dafür verantwortlich, dass wir Lasten auf die kommenden Generationen verschoben haben, auch im Staatsstraßenbau.

Der Oberste Rechnungshof haut Ihnen diese Zahlen immer wieder zu Recht um die Ohren. Wir haben in Bayern leider 4.894 Kilometer nicht sanierte Staatsstraßen. Wenn ich des Öfteren mit dem Innenminister bei Teilabschnittseröffnungen und sonstigen

Wegeeröffnungen bin, dann muss man sich doch manchmal schämen. Auf der Strecke dorthin muss man über Staatsstraßen fahren. Im Vergleich mit ihnen sind die Kreis- und Gemeindestraßen tausendmal besser in Ordnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Da müssen wir uns als Abgeordnete zu Recht schämen. So ist es immer wieder.

Ich nenne Ihnen die Zahlen, ob Sie sie hören wollen oder nicht: In Niederbayern sind 43 % der Straßen schadhaft, in Oberfranken 40 %, in Unterfranken 39 %, in Mittelfranken 39 %, in der Oberpfalz 32 %, in Oberbayern 31 % und in Schwaben 26 %. Jetzt erklären Sie mir einmal, was daran so kraftvoll ist.

Letztes Jahr haben sowohl der Kollege Rotter als auch ich appelliert: Das Wichtigste ist eine Verstetigung. Das ist auch das Wichtigste für unsere Oberste Baubehörde. Wir brauchen eine Konstante in der Mittelverwaltung, in der Mittelausgabe, und wir brauchen Planungssicherheit. Ein Auf und Ab hilft uns nicht.

(Josef Miller (CSU): Haben wir doch!)

Wenn Sie sich den Staatsstraßenausbauplan anschauen, müssen Sie einräumen, dass Sie letztendlich zehn Jahre und bei der Sanierung mit 700 Millionen dahinter liegen. Diese Lasten tragen wir immer noch aus dem ausgeglichenen Haushalt.

Was die Radwege betrifft, schauen Sie doch einmal bei den Kommunen um. Wenn die Kommunen nicht selbst mit in Leistung gehen, bekommen sie an Staatsstraßen heute überhaupt keinen Radweg mehr. Teilweise muss man 20 Jahre warten.

(Widerspruch des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Natürlich ist es so, Herr Kollege Miller. Gehen Sie doch einmal hinaus zu den Straßenbauämtern. Dann werden die Ihnen erzählen, wie groß der Antragsstau ist. Da brauchen Sie sich nicht hier herzustellen und zu sagen, was Sie alles Gutes getan

haben. Ich muss Ihnen sagen: Seit 2008, seit wir im Landtag sind, haben wir diese Verstetigung gefordert.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Wenn wir auf der Regierungsseite sitzen, werden wir für diese Verstetigung sorgen, das werden wir Ihnen dann zeigen!

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Eberhard Rotter (CSU): Da werden die GRÜNEN gern mitmachen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bekommen wir hin. Da werden Sie sich die Augen reiben, keine Sorge.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Zurufe von der CSU − Glocke der Präsidentin)

Ein weiteres Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Schaffung von studentischem Wohnraum. Wir haben im Ausschuss eine Aufstockung um 6,7 Millionen auf 20 Millionen Euro gefordert. Gehen Sie heute einmal nach Regensburg mit dem doppelten Studiengang oder nach Bamberg. Die Studenten dort mussten beinahe Zelte aufstellen, um überhaupt Wohnraum zu haben. Von daher ist es notwendig, in die Generation der Jungen, Gebildeten zu investieren, die unser Land in Zukunft tragen wird. Ich kann nicht verstehen, wenn Sie große Töne über den Wohnraum spucken, dass Sie im Haushaltsausschuss nicht zustimmen konnten und die Notwendigkeit für weitere 6,7 Millionen Euro für die Studenten nicht einsehen wollten.

Wir werden Ihren Haushalt ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Mütze zu Wort gemeldet.

(Eberhard Sinner (CSU): Der Straßenbenutzer!)

**Thomas Mütze** (GRÜNE): - Ganz ruhig, Kollege Sinner.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte schon noch etwas zum Thema Polizei sagen. Schließlich waren wir Unterfranken die Ersten, die unter dieser Polizeireform leiden mussten. Von daher stelle ich fest: Die verfügbare Personalstärke der Polizei in Unterfranken ist in den letzten Jahren gesunken, und zwar um das Personal einer Polizeidienststelle in der Größe von Obernburg oder Alzenau. So viel Personal haben wir weniger zur Verfügung.

Herr Minister, wenn Sie sagen, wir haben mehr Leute auf der Straße, dann lachen die Praktiker sie aus. Sie lachen Ihnen natürlich nicht ins Gesicht, schließlich sind Sie ihr Chef. Aber uns gegenüber sagen die Praktiker ganz klar, was die Wahrheit ist. Hier fehlt das Personal, und Sie sind dafür zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich will ich aber zum Haushalt 03 B reden. Der Kollege Glauber hat das Thema Radwege und Radverkehr sehr negativ angemerkt. Ich bemerke − und das ist meine einzige positive Bemerkung, deshalb stelle ich das so heraus -: Endlich haben wir einen Minister, der das Radfahren nicht für eine außerirdische Fortbewegung hält. Das darf man auch einmal sagen. Es gibt kleine Pflänzchen im Haushalt, wie zum Beispiel die Mittel für die AGFK, die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen, oder den Einzeltitel für Radwegebau, unabhängig von Staatsstraßen, wofür ich Sie gerne loben will. Aber ich sage, das sind Pflänzchen, die kräftig gegossen werden müssen. Wir gehen davon aus, dass wir in einer nächsten Regierung diese Pflänzchen, die Sie gesetzt haben, stark aufwachsen lassen werden.

Ansonsten, Herr Minister, sind Sie eigentlich für den Erhalt der Straßeninfrastruktur zuständig. Sie haben vorhin dankenswerterweise eine Darstellung verteilen lassen. Sie reden darin von Verstetigung. Diese Verstetigung ist jetzt wohl da, wie sie vom

ORH gefordert wurde: mindestens 100 Millionen Euro für den Erhalt der Staatsstraßen. Aber Sie haben auch aufgezeigt, wie es in den letzten sieben Jahren war. Wenn ich da sehe, dass pro Jahr 60, 50, 40 Millionen Euro zu wenig in den Erhalt der Staatsstraßen geflossen sind, dann wissen wir, dass wir noch einen riesengroßen Berg an Erhaltungsmaßnahmen nachtragen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stimmt, wenn Kollege Glauber sagt: Gehen Sie zur Bauverwaltung und fragen Sie: Wie viel Geld haben Sie noch zur Verfügung? Dann erhalten Sie zur Antwort: Noch eine Maßnahme, dann ist das Geld weg. So ist die Realität. Auch das hat Kollege Glauber gesagt: Die Straßen in Unterfranken sind zu 40 % marode. Ihre Antwort darauf ist der 7. Staatsstraßenausbauplan, 666 Maßnahmen über einen Zeitraum von 25 Jahren − ohne Priorisierung, ohne zu sagen: Was ist das Wichtigste? Wo setzen wir unsere Schwerpunkte?

Zweites Beispiel: Bundesverkehrswegeplan. 223 Ortsumgehungen, für den ländlichen Raum enorm wichtig, wie der Staatssekretär gesagt hat. Wunderbar! Aber keine Priorisierung, keine Rangliste: Was machen wir zuerst? Was ist wichtig? Wo stecken wir unsere Gelder hinein, um diese 40 % marode Straßen zu erhalten?Darauf erhalten wir von Ihnen keine Antwort. Ein Problem ist auch, dass Sie Kollegen haben, deren Wünsche Sie sozusagen auf Zuruf erfüllen. In der Kürze der Zeit kann ich leider nur ein Beispiel ansprechen. Das Beispiel Schwaben ist so offensichtlich, dass es sogar dem Bayerischen Rundfunk und der Sendung "quer" aufgefallen ist. Dort in Schwaben gibt es einen Wettbewerb zwischen Kollegen darüber, wer die meisten Ortsumgehungen einweihen darf. Es gibt dort zwei ganz bestimmte Kollegen, deren Namen ich jetzt nicht nennen will; jeder weiß aber, wer gemeint ist. Das ist der schwäbische Wettbewerb. Diesen machen Sie mit. Anstatt dafür zu sorgen, dass in Schwaben Straßen erhalten werden, machen Sie den Wettbewerb mit: Wer darf mehr Straßen einweihen. Das ist abseitig. Das können wir nicht unterstützen. Auch deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Jetzt bitte ich für die SPD noch Herrn Dr. Wengert ans Mikrofon.

**Dr. Paul Wengert** (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 B ist mit Ausgaben von jeweils etwas mehr als 1,33 Milliarden Euro einer unserer wichtigsten Investitionshaushalte. Das ergibt sich aus dem Umfang der Immobilien und Straßen, die die Oberste Baubehörde mit ihren nachgeordneten Dienststellen zu betreuen hat. Einige Zahlen verdeutlichen dies. Die Oberste Baubehörde betreut 11.450 staatliche oder in staatlicher Baulastverpflichtung stehende Gebäude, 9.500 Gebäude des Bundes und Dritter, 2.500 Kilometer Bundesautobahnen, 6.500 Kilometer Bundesstraßen, 14.000 Kilometer Staatsstraßen, 3.100 Kilometer Kreisstraßen, 14.000 Brücken und so weiter und so fort. Was hier investiert wird, spiegelt sich in Aufträgen für die Bauindustrie, das Bauhaupt- und −ausbaugewerbe und damit in einer Vielzahl gerade mittelständischer Betriebe wider und sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze; denn gerade im Straßenbau sind Staat und Kommunen nahezu die einzigen Auftraggeber.

Der Freistaat kommt mit diesen Investitionen Artikel 81 der Bayerischen Verfassung nach, der ihn zum Erhalt seines Grundstockvermögens verpflichtet. Trotz dieses verfassungsrechtlichen Auftrags verharren aber die Ansätze des Einzelplans 03 B weitgehend auf ihrem bisherigen Niveau. Angesichts der Preissteigerungen insbesondere im Energiebereich und hier vor allem wiederum bei den Kraftstoffen nimmt sich die Ausgabenmehrung von gerade einmal 1,7 % für 2013 mehr als bescheiden aus, und für 2014 bewegt sich gar nichts nach oben − es gibt sogar einen Rückgang um 0,2 %. Das ist mehr schlank als nötig, Herr Kollege Fischer, und das entspricht nicht dem tatsächlichen Bedarf, selbst wenn man Notwendiges vom Wünschenswerten trennt.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Wer wichtige Maßnahmen auf die lange Bank schiebt, verschiebt damit schwere Lasten auf die kommenden Generationen. Da ist der glänzende Lack der Schuldentilgung schnell ab, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP.

Wir können durchaus eine ganze Menge der Ansätze mittragen und haben dies auch bei den Änderungsanträgen aus der Regierungskoalition getan. Dennoch können wir dem Einzelplan nicht zustimmen; denn in entscheidenden Bereichen fehlt es ihm an Kraft und an Muskeln. Was etwa für energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften eingeplant werden soll, ist angesichts des Umfangs der notwendigen Maßnahmen und des Vorbildcharakters, den der Staat hier hat, beschämend. Das "Klimaprogramm Bayern 2020" ist 2011 ausgelaufen. In den Jahren 2010 und 2011 hat es Mittel in Höhe von jeweils 37,5 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude enthalten, 2009 waren es sogar 45 Millionen Euro. Wer es mit der Energiewende ernst nimmt, muss sich an Taten messen lassen, nicht an Worten, um die die Staatsregierung nie verlegen ist − sie lässt aber die notwendigen Taten nicht folgen.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Die SPD wollte mit einem Antrag diese Mittel im Gegensatz zum Haushaltsansatz verdoppeln, weil die geplanten 20 Millionen Euro dem Bedarf in keiner Weise gerecht werden oder, wie sich der Berichterstatter der CSU im Ausschuss ausdrückte, weil dieser Ansatz auf Dauer nicht ausreichen werde. Sie haben es versäumt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wenn es bei dieser unzureichenden Mittelausstattung bleibt, brauchen wir 80 Jahre, bis die freistaatlichen Gebäude energetisch saniert sind. Schade, dass Sie sich unserem Antrag nicht anschließen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir in der Wohnraumförderung. Die hierfür veranschlagten Mittel in Höhe von 160 Millionen Euro für die beiden kommenden Haushaltsjahre einschließlich des bescheidenen Nachschlags in Höhe von 5 Millionen Euro wer-

den dem drastisch steigenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allen in den Ballungszentren nicht gerecht. Der Bewilligungsrahmen müsste zum einen an die Preissteigerungen im Bausektor in Höhe von rund 8 % angepasst und zum anderen darüber hinaus um mindestens 20 % erhöht werden. Diese Mittel sollten insbesondere zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sowie zur Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften verwendet werden. Die Wirtschaft allein, lieber Kollege Miller, wird es eben nicht richten. Unangemessen ist nach unserer Auffassung die Aufstockung für die Städtebauförderung; denn die Programme der Städtebauförderung werden seitens des Bundes und des Freistaats auch in den kommenden Jahren weiter gekürzt. Da helfen Vergleiche, Herr Kollege Miller, mit noch schlechteren Vorjahren überhaupt nicht weiter.

Die bayerischen Städte und Gemeinden, in denen ein anhaltend hoher städtebaulicher Erneuerungs- und Investitionsbedarf mit einem Schwerpunkt von Maßnahmen im ländlichen Raum besteht, werden von den Kürzungen außerordentlich hart getroffen.

Mit unserem Antrag auf Drucksache 16/14257 ging es uns um eine Erhöhung der Mittel für die Planung und Bauleitung für Staatsstraßen; denn die Investitionsmittel selbst sind richtigerweise bereits im Entwurf massiv aufgestockt worden, weil der Druck auf die Regierungskoalition entsprechend hoch geworden ist. Die Begründung, mit der Sie unseren Antrag abgelehnt haben, überzeugt keineswegs. Mögen die Kosten für die Planung mit den Kosten der Ausführung auch deckungsfähig sein, so fehlt dann das Geld für die Maßnahmen selbst. Das ist das Prinzip: linke Tasche, rechte Tasche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Anträge mit Augenmaß gestellt; denn alle Unterstellungen Lügen strafend hat auch die SPD-Fraktion einen ausgeglichenen Haushalt zum Ziel. Selbstverständlich haben wir Deckungsvorschläge gemacht, Herr Kollege Miller.

(Beifall bei der SPD)

Schuldenkönig ist und bleibt die CSU mit der höchsten Neuverschuldung durch die Kapitalzuführung an die Landesbank in den letzten Jahren. Was wir für notwendig und für unverzichtbar gehalten haben, haben wir in die Beratung des Einzelplans eingebracht. Leider sind Sie unseren Vorschlägen nicht gefolgt.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Zum Schluss möchte ich allen Beschäftigten unserer Staatsbauverwaltung für ihren Einsatz und für ihre auch der Mittelknappheit geschuldete Kreativität namens der SPD-Landtagsfraktion herzlich danken. Wir haben oftmals kritisiert -

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Denken Sie an Ihre Zeit.

**Dr. Paul Wengert** (SPD): -, dass unser Personal immer und immer wieder zur Ader gelassen wurde und auch künftig weiter ausgedünnt wird. Diesen Weg können und wollen wir nicht mitgehen; denn unsere Beschäftigten sind inzwischen an den Leistungsgrenzen angelangt, wenn nicht schon darüber. Deswegen sind es nicht nur die Klagen aus der Belegschaft, sondern auch die Klagen von Bürgermeistern draußen, denen schulterzuckend erklärt werden muss, warum viele Bauvorhaben gerade im Straßenbereich nicht oder noch lange nicht angepackt werden können, obwohl sie dringlich wären. Auch deshalb können wir diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für Ihre Geduld.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Herr Dr. Wengert, für Lob an die Beschäftigten überziehen wir die Zeit gerne.

Bevor Herr Staatsminister Herrmann das Wort erhält, möchte ich bekannt geben, dass vonseiten der CSU-Fraktion zum Einzelplan 03 B für die Staatsbauverwaltung namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann** (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich am Ende der Beratungen über den Haushalt des Innenministeriums, das heißt der Allgemeinen Inneren Verwaltung, der Polizei und der Obersten Baubehörde sowie der Staatsbauverwaltung sehr herzlich für die konstruktive Art bedanken, mit der diese Beratung sowohl im Haushaltsausschuss als auch heute im Parlament erfolgt ist. Ich bedanke mich für viele geistreiche Beiträge, insbesondere die lyrischen, lieber Herr Kollege Schneider. Sie waren zweifellos richtungweisend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich habe das insgesamt so verstanden, dass es jedenfalls der Versuch eines Lobgesangs auf die bayerische Polizei war. So kenne ich Kollegen Schneider.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wo ein Wille ist, ist manchmal auch ein Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt können wir schon feststellen − ich freue mich, dass Sie das in die Diskussion eingebracht haben, Herr Kollege Schneider -:Es ist und bleibt die Wahrheit: Die bayerische Polizei weist bereits mit dem laufenden Haushalt und erst recht mit dem neuen Doppelhaushalt 2013/2014 den höchsten Personalstand aus, den sie jemals hatte. Das ist richtig und wichtig. Denn rein quantitativ betrachtet haben wir den höchsten Einwohnerstand. Noch nie hatte Bayern so viele Einwohner wie heute. Die Herausforderungen für unsere Polizei sind damit gewachsen. Deshalb ist es wichtig, die Polizei entsprechend stark aufzustellen.

Unseren öffentlichen Dienst haben wir insgesamt dadurch entlastet, dass zum 1. August dieses Jahres die Wochenarbeitszeit von 42 auf 41 Stunden reduziert wurde. Zum 1. August kommenden Jahres wird sie ein weiteres Mal auf 40 Stunden reduziert. Alles, was wir dadurch an zusätzlichen Kräften brauchen, ist mit entsprechenden Stellen im Haushaltsentwurf unterfüttert. Auch haben wir bereits den erforderlichen Nach-

wuchs ausgebildet. Da bin ich nun schon etwas enttäuscht, dass ein paar Redner die Realität nicht gesehen haben.

(Alexander König (CSU): Das war gestern auch so!)

Gerade im Polizeibereich haben wir angesichts des zu erwartenden Bedarfs durch die verkürzte Arbeitszeit bereits im Vorfeld entsprechende Kräfte ausgebildet, anders als das in anderen Bereichen der Fall war. Diese Nachwuchskräfte stehen den Dienststellen inzwischen auch zur Verfügung. Wenn Sie, Kollege Mütze, diese Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen nun nicht finden, tut es mir leid. Ich glaube nicht, bei allem Respekt vor Ihnen, dass diese sich im Keller verstecken, wenn Sie in den Dienststellen unterwegs sind. Es ist unübersehbar, dass wir heute entsprechend mehr Personal haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Eben nicht! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich darf für den nun zu Ende gehenden Doppelhaushalt Folgendes festhalten und bleibe beim Beispiel Polizei.

(Susann Biedefeld (SPD): Das sollten und können Sie aber nicht schönreden!)

- Natürlich will ich nicht schönreden, Frau Kollegin Biedefeld, aber wir sollten richtig rechnen. Das ist das Thema.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Rechnen Sie doch erst überhaupt einmal!)

Richtig rechnen heißt, dass im Jahr 2011 690 Kollegen der Polizei in den Ruhestand gegangen sind und im gleichen Jahr 740 Kolleginnen und Kollegen den Dienststellen zugewiesen wurden. Wohlgemerkt, sie wurden nicht zur Ausbildung eingestellt, sondern diese 740 wurden den Dienststellen zugewiesen. Das war also schon 2011 ein Plus von 50 Stellen. Ein immerhin bescheidener Anfang! In diesem Jahr 2012 sind

730 Kollegen in den Ruhestand gegangen, und 1.200 sind den Dienststellen zugewiesen worden. Damit sind wir bei einer Größenordnung von plus 470, die wir heute zusätzlich zur Verfügung haben.

Richtig ist − das war auch der Sinn der Evaluierungsmaßnahmen der letzten Jahre -, dass nicht jede Dienststelle gleichmäßig mit der Gießkanne mehr Stellen bekam. Die Evaluierungsberichte der letzten Jahre, die unter anderem der Frage nachgingen, was im Grenzbereich geschehen ist, müssen wir ernst nehmen; denn diese Berichte haben ergeben, dass es Dienststellen gibt, die bei Einsatz und Arbeit weit über dem Landesdurchschnitt belastet sind, während manche andere Dienststelle unterdurchschnittlich belastet ist. Da ist es doch logisch, liebe Kolleginnen und Kollegen − alles andere wäre ungerecht -, dass diejenigen Dienststellen als erste zusätzliches Personal bekommen, bei denen sich in der Evaluierung eine Überlastung herausgestellt hat.

(Beifall des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Diejenigen, die sich in der Evaluierung als eher unterdurchschnittlich belastet herausgestellt haben, können dementsprechend in der ersten Zuteilungswelle nicht dabei sein. Da darf ich natürlich jetzt nicht ausgerechnet die wenigen, die nicht dabei sind, herausgreifen und beklagen, sie hätten niemanden bekommen. Wenn das Ganze sinnvoll sein soll und ich nicht nur mit der Gießkanne herumfuhrwerke, sondern sehe, wo es wirklichen Arbeitsanfall gibt, muss ich die entsprechende Verteilung vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Genau auf diese Weise gehen wir vor, und wir werden das auch im kommenden Jahr fortsetzen. Im Moment gehen wir davon aus, dass auch im Jahre 2013 rund 740 Kollegen in den Ruhestand gehen werden. Es ist im Haushaltsentwurf sichergestellt, dass wir auch im nächsten Jahr den Dienststellen deutlich über 1.000 neue Kolleginnen und Kollegen zuteilen können. 2014 wird das Verhältnis dann noch besser sein.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine positive Entwicklung, und darauf können wir stolz sein. Ich war in der letzten Woche auf der Innenministerkonferenz in Rostock. Da haben wir uns auch mit solchen Fragen befasst. Mit unserer Personalentwicklung in der bayerischen Polizei steht Bayern einmalig in der gesamten Bundesrepublik da.

(Beifall bei der CSU)

Die anderen Bundesländer sind froh, ihr Personal überhaupt halten zu können. Etliche Bundesländer kürzen sogar. Sie bauen bei der Polizei ab. Das ist bei uns nicht der Fall. Im Interesse der Sicherheit der Menschen investieren wir weiter, und zwar sowohl in die Zahl der Mitarbeiter als auch in die Sachausstattung. Wir werden auch im neuen Jahr mit den vom Haushaltsausschuss beschlossenen zusätzlichen Mitteln für eine angemessene Sachausstattung sorgen können. Es werden neue Fahrzeuge beschafft und neue Computer in den Dienststellen aufgestellt. Wir erreichen damit weiterhin eine gute Ausstattung. Das alles geschieht − das bitte ich zu berücksichtigen − allein mit dem Ziel bestmöglicher Sicherheit für die Menschen im Lande.

Natürlich gehört auch die Motivation der Mitarbeiter dazu. Da kann ich Ihnen nur Folgendes sagen: In den letzten sechs Jahren sind in Bayern ziemlich genau 30.000 Beförderungen für die Polizeibeamten ausgesprochen worden. Das gilt natürlich nicht für jeden Einzelnen, aber rein statistisch in der Gesamtsumme ist jeder bayerische Polizeibeamte in den letzten sechs Jahren einmal befördert worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Statistisch ist das wirklich gut!)

Nach den aktuellen Zahlen des jetzt vorliegenden Haushaltsentwurfs wird sich dieses Beförderungsniveau auch in den nächsten zwei Jahren fortsetzen.

Damit sage ich Ihnen ganz deutlich, dass die bayerische Polizei − in manchen Diskussionsrunden sage ich das lieber etwas leiser, aber es ist ganz eindeutig − in den Beförderungszeiten über dem Schnitt des öffentlichen Dienstes insgesamt liegt. Daher kann man sich über die Beförderungssituation der Polizei im Vergleich zu anderen Be-

reichen des öffentlichen Dienstes in Bayern wirklich nicht beklagen. Das ist richtig und wichtig so; denn gerade der Polizeiberuf ist besonders belastend, weil er für die allermeisten mit Schichtdienst verbunden und mit besonderen Risiken behaftet ist. Aber, wie gesagt, es gibt wirklich keinen Grund, hier Wehklagen anzustimmen.

Vielmehr möchte ich mich an dieser Stelle für die große, engagierte Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Polizei herzlich bedanken. Dass wir in puncto innerer Sicherheit die Nummer 1 in Deutschland sind und dass wir die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote verzeichnen, ist das Ergebnis großartiger Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten. Deshalb können die Menschen in Bayern sicherer leben als anderswo. Dafür sind wir dankbar, und darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will nicht versäumen, in diesen Dank ausdrücklich die vielen Ehrenamtler im Bereich der Feuerwehren und der Rettungsdienste einzubeziehen. Der Doppelhaushalt schafft auch in diesen Bereiche die Grundlage dafür, die Sachausstattung zu unterstützen, sei es die Beschaffung von Fahrzeugen bei der Feuerwehr, seien es neue Feuerwehrhäuser oder neue Rettungsfahrzeuge im Katastrophenschutzbereich und vieles andere mehr. Wir unterstützen diese Sachausstattung. Im wahrsten Sinne aber unbezahlbar ist das Engagement von 470.000 Männern und Frauen im Bereich der Feuerwehren und der Rettungsdienste. Davon leisten 450.000 Menschen ehrenamtliche Arbeit. Das ist ein wirklich großartiges Engagement. Dank dieses Engagements können wir uns alle Tag und Nacht darauf verlassen, dass diese Menschen unsere Sicherheit garantieren.Wir können uns auf deren Einsatz verlassen. An diese Ehrenamtler in unserem Land wie auch an alle anderen Rettungskräfte ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Staatsbauverwaltung und möchte auf die zum Staatsstraßenbau gemachten Anmerkungen erwidern: Ich freue mich, dass Herr Kollege Mütze wenigstens in einem Nebensatz festgehalten hat, dass in den letzten beiden Jahren und mit diesem Doppelhaushalt die Verstetigung erreicht wurde, die in der Tat notwendig ist. Ich mache kein Hehl daraus, dass die Mittelausstattung im Staatsstraßenbau vor etlichen Jahren zeitweilig einfach zu niedrig war. Ich halte dies trotzdem für richtig und vertretbar im Hinblick darauf, dass es damals darum ging, keine neuen Schulden zu machen. Jetzt, wo der Spielraum wieder da ist, müssen wir aber mehr Geld investieren. Das geschieht. Ich bin dankbar, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Anträgen dafür sorgen, dass wir diese Verstetigung bekommen.

Wenn wir in den nächsten Jahren im Staatsstraßenbau auf diesem Niveau fortfahren können, werden wir die Defizite früherer Jahre wieder ausgleichen können, werden im Unterhalt gut aufgestellt sein und können gleichzeitig Wünsche im Interesse der Verkehrssicherheit und zum Bau neuer Ortsumgehungen erfüllen. Wir wollen diese Themen konsequent voranbringen.

Mit diesem Haushalt haben wir für die Oberste Baubehörde ein starkes Investitionsvolumen sichergestellt. Dabei sind wir beim Hochbau in erster Linie Dienstleister für die anderen Ressorts, bei denen die entsprechenden Hochbaumittel ausgewiesen sind. Wir werden auch in den nächsten beiden Jahren im Freistaat Bayern kräftig investieren. Wir investieren in die Zukunft dieses Freistaats. Daran hat die Bayerische Staatsbauverwaltung einen wirklich starken Anteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt haben wir es in den beiden Einzelplänen 03 A und 03 B des Innenministeriums mit etwa 62.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun. Sie sind in der Inneren Verwaltung, der Polizei, der Staatsbauverwaltung und allem, was dazugehört, tätig. Diese 62.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen eine großartige Dienstleistung für die Menschen in unserem Land. Natürlich wird immer wieder gern über die Bürokratie und die Schattenseiten von zuviel Verwaltung geklagt. Wenn man aber in den letzten Monaten und Jahren die Nachrichten aus

manchen anderen, auch europäischen Ländern verfolgt hat, weiß man wieder zu schätzen, was eine engagierte Verwaltung, was engagierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Staatsverwaltung zum Gelingen eines geordneten Zusammenlebens beitragen. Sehen wir uns einmal an, wie marode in diesen Ländern die Staatsverwaltung dasteht. Für die Funktionsfähigkeit eines Landes hat es dramatische Folgen, wenn die Staatsverwaltung nicht richtig organisiert ist, egal ob es um die Steuerverwaltung, um den Straßenbau oder um die Sicherheit geht. Unsere Mitarbeiter leisten die notwendige Begleitung von wirtschaftlichem Wachstum, sicheren Arbeitsplätzen und sorgen für ein sicheres Zusammenleben und damit für Lebensqualität in unserem Lande.

95 bis 98 % der Menschen in Bayern sagen: Ja, wir leben gern in diesem Lande, es ist schön, hier zu leben. Ich bin der festen Überzeugung, dass unser öffentlicher Dienst mit seiner Qualität, seinem Engagement und seiner Dienstleistung für die Menschen in unserem Land dazu ganz erheblich beiträgt. Deshalb will ich all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass die Einzelpläne 03 A und 03 B die richtigen Grundlagen dafür schaffen, dass wir auch in den nächsten beiden Jahren erfolgreich für die Sicherheit der Menschen, für eine geordnete Verwaltung und für einen guten Bau an der Zukunft Bayerns sorgen können. Dafür herzlichen Dank.

Ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die gute Beratung und wünsche in der Umsetzung dessen, was hier finanziell grundgelegt wird, allen Mitarbeitern viel Erfolg. Ein herzliches Dankeschön dem Hohen Haus. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu diesen beiden Einzelplänen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Danke, Herr Staatsminister Herrmann. Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, weshalb die Aussprache geschlossen werden kann und wir zur Abstimmung schreiten können. Die Tagesordnungspunkte werden hierzu wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14215 mit 16/14236, 16/14253, 16/14353 mit 16/14357, 16/14458 und 16/14809 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15016 zugrunde.

Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/15016 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. − Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen in der Mitteilung vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? − Ich sehe keine. Enthaltungen? − Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/15016 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14458 und 16/14809 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14237 mit 16/14240, 16/14254 mit 16/14257, 16/14358 mit 16/14363, 16/14459 und 16/14460 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/14994 zugrunde.Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/14994 genannten Änderungen zur Abstimmung empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Sie wissen, dass für die Stimmabgabe Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und beim Stenografentisch bereitstehen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden; sie wird fünf Minuten dauern.

(Namentliche Abstimmung von 11.41 bis 11.46 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte seien Sie so nett und nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein; denn wir haben jetzt noch weitere Abstimmungen vorzunehmen, und ich hätte gern die Übersicht. − Danke. Mit der Auszählung kann außerhalb des Saales begonnen werden. Das Ergebnis erfahren Sie dann.

(Unruhe − Glocke der Präsidentin)

Bevor wir den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, möchte ich oben auf der Ehrentribüne ganz herzlich eine Delegation aus Tschechien begrüßen, Herrn Jaromir Jermár − ich habe den Namen hoffentlich richtig ausgesprochen -, Senator, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Tschechischen Parlaments,

(Allgemeiner Beifall)

und Herrn Josef Hlobil, Generalkonsul der Tschechischen Republik. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Führen Sie erfolgreiche Gespräche in unserem Haus; uns liegt sehr an einer Verbindung.

(...)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Wir können auch gleich noch das Ergebnis der Abstimmung zum Einzelplan 03 B bekannt geben: Mit Ja haben 93 gestimmt, mit Nein stimmten 67. Stimmenenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfra-

gen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktionen von CSU, FDP, SPD, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? - Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? − BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Dann ist das so beschlossen.Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14994 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14459 und 16/14460 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 03 B abgeschlossen.